

Der Bankrott

Im Jahre 1927 tagte in Genf die vom Völkerverband einberufene Weltwirtschaftskonferenz. Dieser Konferenz wurde die Aufgabe gestellt, Mittel und Wege zu suchen, um durch Herabsetzung der Zölle, Zölle und durch Aufhebung der zwischenstaatlichen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen das kapitalistische System vor neuen Erschütterungen zu bewahren oder zumindest deren Wirkungen abzumildern.

Vier Jahre sind seitdem verstrichen. In diesen vier Jahren wurden Berge von Papier mit Biffen und Resolutionen beschrieben oder bedruckt. In diesen vier Jahren fanden unzählige Verhandlungen und Konferenzen von Ministern, Fachleuten und Wirtschaftsgelehrten statt. In diesen vier Jahren wurden Tausende von angeblich wunderwirkenden Rezepten gegen die Pest der Krise, Hunderte von Projekten für eine „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ausgedacht.

Und heute?! — Die kapitalistische Welt erlitt in den letzten Jahren den Zusammenbruch der Weltwirtschaftskonferenz von 1927, dem holländischen Exminister Colmans, das Wort.

Auf der gegenwärtigen Tagung des Europa-Ausschusses erklärte dieser Mann, der nach übereinstimmenden Presseäußerungen „in internationalen Wirtschaftskreisen größtes Ansehen genießt“, vor der gesamten Weltöffentlichkeit:

„Sämtliche Versuche, zu einer Senkung der europäischen Zölle und damit zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer wirtschaftlichen Einheit Europas zu gelangen, die seit der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 unternommen wurden, sind völlig gescheitert. Dieser Zusammenbruch der bisherigen gesamten europäischen Wirtschaftspolitik muß unvermeidlich vorkommen.“

Die Versuche, unter der Aufsicht des Völkerverbandes zu einer europäischen Regelung der Zollfrage zu gelangen, sind gescheitert. Die Regierungen halten es nicht für möglich, kollektive Verhandlungen zur Senkung der Zölle anzunehmen. Alle Versuche der Weltwirtschaftskonferenz, zu einer Senkung der Zölle zu gelangen, müssen jetzt offen als gescheitert erklärt werden.

Nach vier Jahren schwerer Arbeit ist die heutige Lage nicht nur nicht besser gegenüber der von 1927, sondern schlimmer geworden. Wir kommen nicht nur nicht im geringsten vorwärts, sondern wir gehen immer weiter zurück. Infolgedessen ist in einer großen Zahl von Ländern die verhängnisvolle Folge zu verzeichnen, daß die Völker jedes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Völkerverbandes verloren haben.“

Wir mußten diesen führenden Sprecher des Weltkapitalismus ausführlicher zitieren, denn seine Rede ist mehr als eine der üblichen Auslöcherreden. Sie ist ein Dokument von historischer Bedeutung, ein vernichtendes Eingeständnis des Bankrotts der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, des Versagens der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden.

„Das düsterste Gemälde, das jemals vor einer Völkerverbandskommission aufgerollt worden ist, „ein trübes Bild der Widerstände der Wirtschaftspolitik des Völkerverbandes“ — so charakterisiert die bürgerliche Presse Colmans Rede.

Der Kapitalismus ist auf seine historischen Schranken gestoßen. Mit jeder Maßnahme, die er trifft, um sich vor dem Sturz in den Abgrund zu retten, zieht er die Schlinge fester, die ihm die Luft abschneidet. „Wir kommen nicht im geringsten vorwärts, sondern wir gehen immer weiter zurück.“ Die gegenwärtige Krise mit ihren weltumspannenden Wirkungen, hat die historische Ausweglosigkeit des Kapitalismus erwiesen.

Hören wir nach Rynheer Colmans einen anderen betrübten Sprecher von derselben Fakultät. In der englischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ (Wirtschaftliche Angelegenheiten) jammert der bekannte „bolschewistische“ Imperialist Norman Angell unter der Überschrift „Das ökonomische Chaos und die internationale Zukunft“:

„Der ökonomische Wirbelsturm, der die Welt verwüstet hat, ist an Unberechenbarkeit und Intensität seiner Wirkungen, das Ereignis, das alle anderen Ereignisse in den Schatten stellt. Die Geschichte kennt kein Ereignis dieser Art... In dem gelblichen Amerika, auf das die Europäer vor zehn Jahren stolz hinblickten, als gehörte es einer höheren Stufe ökonomischer Schöpfung an, in diesem Dorado stehen heute die Arbeiter zu Hunderttausenden auf der Straße, Banken stellen die Zahlungen ein, Bankiers begehen Selbstmord, Vermögen, die so seit gegründet zu sein schienen, wie die Felsen von Gibraltar, stürzen sich in blauen Dunst auf. Und noch dauert die Depression an, ohne daß ein Ende abzusehen wäre.“

Ebenjowenig wie Colmans vermag Minister Norman Angell irgendeinen Ausweg aus dem Chaos der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu entdecken. Beide entwerfen „düsterste Gemälde“ der Gegenwart, die der Kapitalismus heraufbeschworen hat, ohne Hand an die Wurzel der Krankheit zu legen. Aber es gibt heute auch im Chor der kapitalistischen Gesundheitsheiler schon manche Stimme, die den Teufel beim Namen zu nennen wagt, ohne freilich zu vergessen, sich eiligst zu befeugen.

So liest man zum Beispiel in einer ökonomischen Jahresbilanz der Wiener „Neuen Freien Presse“:

„Erschüttert bleibt die Menschheit auf die Balken der schwersten wirtschaftlichen Kämpfe, die jemals im Buch der Kriegsgeschichte zur Einzeichnung gelangt sind. Auch nach früheren Kriegen und sozialen Umwälzungen gab es furchtbare Katastrophen, Not und Elend. Was die jetzige Depression aber über ihre Vorläufer hinaushebt, ist die Tatsache, daß fast nirgends in der Welt Prosperität und Schaffensfreude zu finden sind... Die entferntesten Kontinente sind von Unruhe durchzittert. 18 Millionen Menschen sind zum Hungertode gezwungen; mit ihren Angehörigen sind es wohl 50 Millionen, die auf die bescheidenste Existenz zurückgeworfen wurden und deren Kaufkraft gelähmt ist. Diese quälende Frage, ob das kapitalistische System der Wirtschaft an all dem Unheil schuld sei.“

In dieser von panischer Angst durchzitterten Frage unseres Anonymus in der „Neuen Freien Presse“ enthüllt sich das freilich nur den proletarischen Massen in hellem Lichte sichtbare Geheimnis der gegenwärtigen Weltkatastrophe. Und die Frage enthält in sich zugleich die Bilanz der vierjährigen Quacksalberarbeit des Völkerverbandes, der vielmehr ein Bund gegen die Völker genannt zu werden verdient.

Aber nicht nur dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Arbeit des Völkerverbandes wird durch die Feststellungen der von uns zitierten Kronzeugen das Urteil gesprochen. Mit derselben Macht zer-

Rote Einheitsfront

Die Generallinie des Kampfbundes gegen den Faschismus

Die politischen Voraussetzungen schaffen, um den Faschismus entscheidend schlagen zu können, das ist die Aufgabe des Kampfbundes gegen den Faschismus. Der Kampf gegen den Faschismus, den Hauptfeind der Arbeiterklasse, ist zu einer brennenden Tagesfrage geworden. Die bürgerlich-faschistische Front schließt sich von Tag zu Tag enger und enger zusammen. In der Arbeiterklasse wächst der Widerstandswille gegen die Herrschaft der Brüning-Fried-Franzen und Co. Die sozialfaschistischen Bonzen geben vor, sich an die Spitze der antifaschistischen Bewegung zu setzen, um sie umzubiegen. Die Weis, Höring und Co. improvisieren Scheingefechte gegen den Faschismus, um die Massen zu täuschen, von einem ernsthaften Kampfe gegen den Faschismus abzuhalten, denn der Faschismus ist eine der festen Stützen der kapitalistischen Republik, die von den sozialfaschistischen Futterkrümpern verteidigt wird. Der notorische Verrat der SPD-Führer und ihre Hilfsleistung für Brüning (Notverordnungen usw.) sorgt schon dafür, daß immer neue verzweifelte und enttäufte betroffene Werktätige den Faschisten in die Arme getrieben werden.

Der Bourgeoisie ist es gelungen, mit Hilfe der Nazis Millionen mit faschistischen Illusionen zu erfüllen. Dieser Faschismus kann nur entscheidend geschlagen werden, wenn es gelingt, diese Millionen wertvoller Anhänger des Faschismus aufzuklären und mit proletarischem Klassenbewußtsein zu erfüllen und wenn es gleichzeitig gelingt, eine kampfbereite millionenstarke rote Einheitsfront gegen den Faschismus förmlich aus dem Boden zu stampfen. Diese Hauptaufgabe muß erfüllt werden. Diese Aufgaben gilt es allen Ernstes in allen Ortsgruppen und Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus zur Diskussion zu stellen. Es ist sofort an die Durchführung der Aufgaben zu schreiten. In jeder Stadt, in jedem Dorf ist die Offensive gegen den Faschismus zu eröffnen.

Ein Beispiel: In Witten (Lüneburger Heide) sind sämtliche proletarischen Organisationen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um über die Bekämpfung des Faschismus zu beraten. Das Ergebnis war, daß die Ortsgruppe der SPD, geschlossen dem Kampfbund gegen den Faschismus beigetreten ist. Solche Möglichkeiten, wie Witten, gibt es hunderte, tausende in Deutschland. Die Beweise brauchen nicht mehr erbracht zu werden, daß nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der christlichen Arbeiter-

schaft ein ungeheurer Kampfwille gegen den Faschismus vorhanden ist. Überall, wo die faschistischen Mordherren auf Werktätige zu verzeihen waren, haben sich die Werktätigen spontan zusammengeschlossen in einer roten Einheitsfront zu gemeinsamer Wehr, ohne Unterschied der Partei und Konfession und zum größten Entsetzen der sozialfaschistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, beispielsweise wie in Berlin (Beisehung des ermordeten Reichsbannerarbeiters Willi Schneider), Fürstenaalbe, Raumburg, Köln und andere Orte. Diese rote Einheitsfront war aber bisher größtenteils von zufälligen Provolationen der Faschisten bedingt. Aus diesem Stadium der Zügellosigkeit und der Spontanität gilt es, unter allen Umständen herauszukommen. Planmäßig gilt es, die rote Einheitsfront zu organisieren. In jedem Orte gibt es sozialdemokratische und christliche Arbeiter, die nicht durch irgendwelche fetten Posten korumpiert sind. Für diese Arbeiter hat der Kampfbund gegen den Faschismus öffentliche Diskussionsabende zu veranstalten. Jedes Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus ist verpflichtet, ihn bekannt zu machen und christliche Arbeiter persönlich zu den Aussprachen „Wie bekämpfen wir den Faschismus“ einzuladen. Die verantwortlichen Funktionen im Kampfbund gegen den Faschismus sind kein Monopol für eingeschriebene Mitglieder der SPD. Parteiloje, sozialdemokratische und christliche Arbeiter sind in höchstmöglicher Zahl mit Funktionen zu betrauen. Die Ortsgruppen und Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus haben darüber hinaus die Aufgabe, mit den von den Nazis irreführenden christlichen Arbeitern, Mittelständlern, vor allem aber Kleinbauern, Mittelbauern und Landarbeitern kameradschaftlich zu diskutieren. Das erfordert aber auch, daß jeder heimtückliche Überfall der Faschisten auf Leben und Eigentum der Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit abzuwehren ist.

Ist der Kampfbund gegen den Faschismus in einem Orte nicht vorhanden, so ist die Zusammenfassung derjenigen, die sowieso bereits im Lager des revolutionären Klassenkampfes stehen, dann wird er seine Aufgaben schwerlich erfüllen können. Das sei mit aller Deutlichkeit allen gesagt!

Die Aufgaben sind gestellt — Sturm bereit!

Oppositionsieg im Bauergewerksbund

Ein SPD-Mann für die RGD.

Freiburg, 20. Januar. Am vergangenen Sonntag fand hier die Generalversammlung statt. Nach Erledigung der Punkte Jahres- und Kassabericht wurde zur Vorstandswahl geschritten, und die Kandidaten der Opposition mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Endlich haben auch Freiburgs Bauproleten begriffen, daß Leute vom Schlage eines Ruppelt, Hoffmann usw. nicht Funktionäre der Arbeiterbewegung sein können, und klassenbewußte Arbeiter an ihre Stelle gesetzt. Mit größter Aufmerksamkeit folgte die außerordentlich gut besuchte Versammlung den Ausführungen eines Genossen über die verwerfliche Haltung der Gewerkschaftsböden beim Berliner Metallarbeiterstreik und Aufruf, wobei selbst der

Sozialfaschist Ruppelt zugeben mußte, daß es nur dem von der RGD geführten Streik zu danken ist, daß sich die Bergarbeiter nicht einen noch höheren Lohnabzug gefallen lassen mußten. Nach der einstimmigen Annahme einer gegen die bisherige Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften gerichteten Entschlieung und dem Gelöbnis zum Kampf gegen jede Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wurde gegen einige Stimmenthaltung noch eine Resolution gegen die Ausschlüsse aus dem Bauergewerksbund angenommen und Antrag auf Wiederaufnahme gestellt.

83-jähriger SPD-Arbeiter kommt zur RGD.

In Duderstadt ist der 83-jährige SPD-Arbeiter Gottlieb Weber, der lange Jahre Mitglied der SPD war, zur kommunistischen Partei übergetreten.

Auch die älteren Arbeiter, die bisher der SPD folgten, kommen mehr und mehr zur Erkenntnis, daß die SPD-Führer in der Hauptsache daran schuld sind, daß sie ein so elendes Hungerleben führen müssen. In jeder Beziehung haben die SPD-Führer die Interessen der Kapitalisten vertreten und die Interessen der Arbeiter preisgegeben. So ist es gekommen, daß die Kapitalisten riesige Gewinne einflecken, währenddem die sozialen Leistungen immer mehr abgebaut wurden. Die älteren Arbeiter hungern jetzt mit einer erbärmlichen Rente aus der Invalidenversicherung. Demgegenüber wird in der Gewerkschaft für die alten Arbeiter gut gesorgt.

Sklaverei und Ausbeutung, in Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit bieten soll.

Schon heute sind die Anhänger der RGD enttäuscht. Wir werden dafür sorgen, daß die verelendeten Massen, die auf die Lügen der Nationalsozialisten hereingefallen sind, ihre Enttäufung in den aktiven Kampfwillen in der unter Führung der kommunistischen Partei stehenden Klassenfront des Proletariats verwandeln.

Was die Nazi-Partei versprochen, wird nicht erfüllt!

Goebbels gesteht das selbst ein!

Berlin, Am Freitagabend hielt im Kriegervereinshaus Nazi-Goebbels eine Rede, in der er die Uneinlösbarkeit der nationalsozialistischen Wahlversprechungen eingestand und seine Anhänger über diese Enttäufung mit einer offenen Mordhetze zu einschüchtern suchte. Er gestand die offene Rebellion der Mitgliedschaft gegen die Führung der NSDAP ein. Er sagte u. a.:

„Ich kann Ihnen nicht ein Reich in Schönheit und Würde versprechen, aber ich kann Ihnen garantieren, daß die Ehre in Deutschland wieder hergestellt wird.“

Das ist das offene Eingeständnis, daß das „Dritte Reich“, genau so wie das Deutschland Brünnings und Brauns, den Massen ein Leben in Hunger und Elend, in

Wieder 4000 auf die Straße!

Der Stahlruß rationalisiert.

Duisburg, 21. Januar. Die Direktion der Vereinigten Stahlwerke hat am 17. Januar der gesamten Belegschaft der Weidener Hütte gekündigt. Es sollen 3500 Arbeiter entlassen werden.

Derselbe Stahlruß hat die Grube „Vereinigung“ im Siegerland am 17. Januar geschlossen, wobei etwa 800 Bergleute entlassen wurden. Am 1. Februar werden drei weitere Gruben geschlossen.

Es handelt sich um Rationalisierungsmaßnahmen. Die Lage der betroffenen Arbeiter ist um so schlimmer, als sie zu einem Arbeitslosenheer von über vier Millionen gestoßen werden und für unabsehbare Zeit keine Hoffnung auf neue Arbeitsmöglichkeit haben können.

Jeder Tag vergrößert das Arbeitslosenheer und mahnt das Proletariat, energischer und mächtiger für den Siebenstundentag bei Lohnausgleich aufzutreten. Die Forderung des Siebenstundentages ist infolge der technischen Entwicklung zur gebieterischen Notwendigkeit geworden, und es ist ein Verbrechen, wenn sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie dem Siebenstundentag mit Lohnausgleich entgegenstellt. Die Massen müssen sich zum Kampf um diese Forderung zusammenschließen unter Führung der RGD.

schmettern sie die freilich längst am Boden liegenden „Theorien“, mit denen die Sozialdemokratie die Unsterblichkeit des Kapitalismus zu demonstrieren versuchte.

In demselben Jahre, als in Genf die Weltwirtschaftskonferenz mit hellen Fanfaren ihre Zukunftsmelodien spielte, besang auf dem Kieler Parteitag der SPD Rudolf Hilferding das Lied des „organisierten Kapitalismus“. Er proklamierte den Übergang „von der Wirtschaft des freien Viehstalles der Kräfte zur organisierten Wirtschaft“. Organisiertes Kapitalismus heißt: Ertrag des kapitalistischen Prinzipes des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit, durch gesellschaftliche Regelung — so jubelte Hilferdings Solo zum Genfer Chor.

Und heute?! — Noch niemals in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hat eine zum bewußten Betrug der Massen ausgefälschte „Theorie“ einen so schmachvollen Zusammenbruch in so kurzer Zeit erlebt.

Wo ist Hilferdings „organisiertes Kapitalismus“? Davon hat der Rynheer Colmans in Genf eine düstere Melodie geungen.

Wo ist das „sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit“? — Die 30 Millionen Arbeitslosen, der Niedergang der Industrien, der Zusammenbruch der Märkte, das immer neue Wirtschaftswende, immer

neue Schichten, immer neue Länder in seinen Strudel reichende Chaos — sind das die Zeugen der von Hilferding proklamierten „sozialistischen Planmäßigkeit“?

Selbst Hilferdings Jamulus Wagner, Herr Friß Naphthali, magt heute nicht mehr die Weisheit des Meisters zu vertreten. Mit Schaudern sieht er sich zu der Feststellung genötigt:

„Selbst die kleine Schar der unentwegten (!) Verteidiger des Kapitalismus magt es nicht mehr, wie in der Jugend Maitenblüte, von den „ökonomischen Harmonien“ zu sprechen, sondern ihre Rede ist resigniert auf dem Unglauben an ein besseres System aufgebaut.“

Das Proletariat ist von diesem „Unglauben“, den Herr Friß Naphthali für sich und seinesgleichen reklamiert, frei. Für die Arbeitermassen ist das Chaos der Gegenwart eine notwendige Konsequenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aber in diesem Chaos liegen zugleich die stärksten Triebkräfte zum revolutionären Sturz dieses Systems von Wahnsinn und Verbrechen.

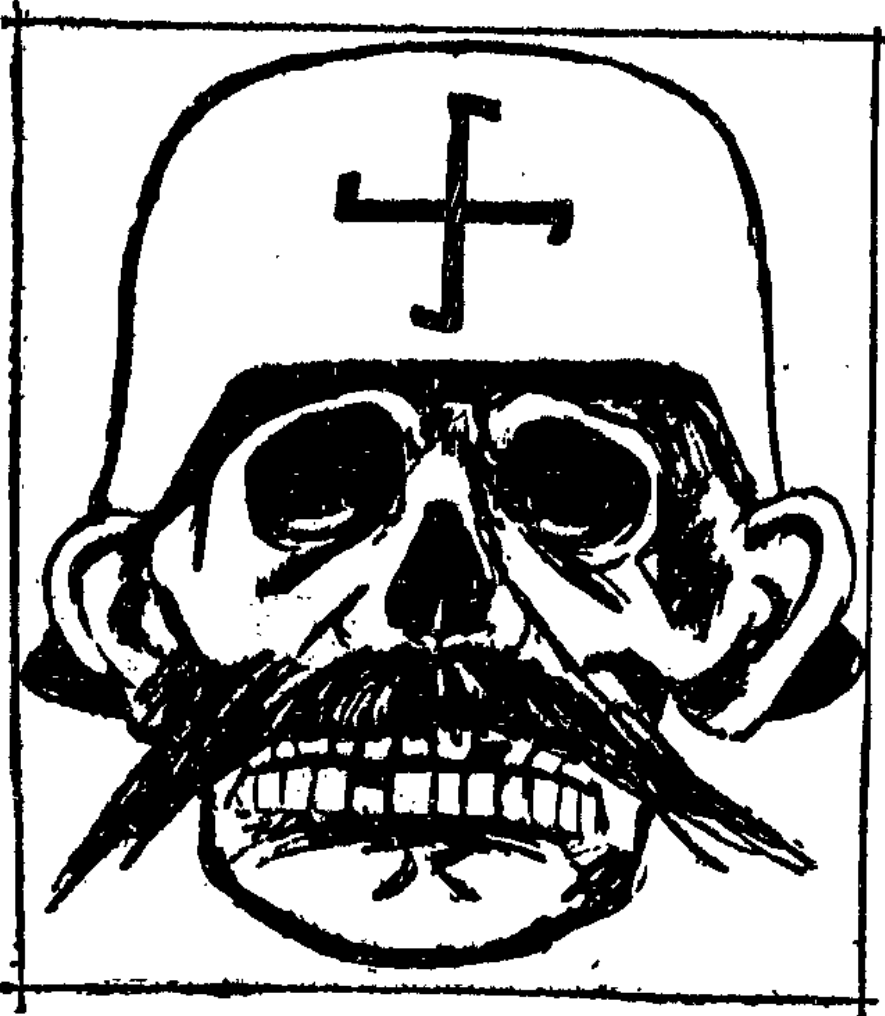
Diese Wahrheit wird allerdings den Herren Hilferding und Naphthali erst dann aufgehen, wenn sie mit dem ganzen kapitalistischen Plunder auf den Misthaufen der Geschichte wandern werden.

PROLETARISCHES FEUILLETON

„Hoch lebe Liebtnecht!“

Don Horst Sch.

Januar 1919
Koste erobert Berlin.
Schwerbewaffnete Soldaten drängen die Revolutionäre aus einem Zeitungsgedäude nach dem andern heraus. Die Regierstruppen benutzen im Kampf Minenwerfer, schwere Geschütze und Flieger.
Am 11. Januar ist nur noch das Volkspräsidium in den Händen der Kommunisten. Dreihundert Mann — ein Nichts in dem großen Gebäude und gegen die ungeheure Uebermacht der Angreifer — haben sich dort verschanzt.
Es schneit. Alles ist weiß und ruhig.
Am Nachmittag marschieren von allen Seiten Regierstruppen zum Alexanderplatz und besetzen ihn. Geschütze, Minenwerfer, leichte und schwere Maschinengewehre bringen sie in Stellung.
Die Kommunisten verbauen das Präsidium immer fester.



Berlin, Januar 1919

Abends um zehn beginnt die Beschießung. Maschinengewehre und Karabiner haben das Wort.

Es knallt und pfeift. Ununterbrochen, die ganze Nacht, fliegen die Geschosse gegen die roten Mauern. Ein unheimliches Lärm.

Es schneit noch immer. Sekundenlang sieht man die Floden, wenn die Feuerstrahlen aus den Waffenläufen herausblitzen.

Das Schießen wird nur schwach erwidert. Dreihundert Mann auf alle Fronten des Gebäudes verteilt, sind wenig.

Gegen sechs Uhr früh läßt das Trommelfeuer der Regierstruppen nach. Die Minenwerfer und Geschütze werden gerichtet. Mit einem mächtigen Krachen wird die erste Granate abgefeuert.

Es ist, als folgt darauf tiefes Schweigen.

Dann fallen ein paar Schüsse vom Präsidium her.

Es ertönt ein neues Krachen. Die zweite Granate.

Wieder wird mit Gewehrshüssen geantwortet.

Das klingt nach dem gewaltigen Dröhnen so erbärmlich, daß einige Koste-Soldaten lachen.

Ein Minenschlag.

Die Kommunisten antworten heftiger als bisher. Sie lassen nicht locker.

Granate. Minenschlag. Granate. Minenschlag.

Eine kleine Tür des Volkspräsidiums öffnet sich. Ein Mann tritt heraus. Er hält in der Hand eine weiße Fahne.

Das Feuer wird eingestellt.

Der Parlamentarist ist der Führer der Kommunisten, Braun.

Er will Verhandlungen anknüpfen. Der Führer der Soldaten fordert bedingungslose Uebergabe.

Braun lächelt bitter. Er sieht milde aus. Schneeflocken legen sich auf seine Nase. Er spricht leise:

„Das kann ich nicht alleine bestimmen.“

„Dann sind Sie in zwanzig Minuten mit den anderen Führern oder mit der Vollmacht Ihrer Leute wieder hier.“

Der hohe Offizier wendet sich ab. Er legt flüchtig einen Finger an die Wange.

Braun lehnt um.

Zwanzig Minuten Waffenpause.

Braun kommt mit vier anderen, gewählten Gefolgsleuten zurück.

Sie fordern freien Abzug.

Der Offizier lacht schneidend. Er macht eine Handbewegung.

Die fünf Unterhändler werden von Soldaten umstellt.

Sie protestieren.

Man lacht sie aus.

Sie müssen die Hände hochnehmen. So werden sie nach der Alexanderkaserne geführt.

Die Soldaten, die dort sind, schimpfen:

„Rote Schweine! Straßenräuberseidel!“

Der Sturmtrupp dringen sofort in das Gebäude ein. Sie sind durch den Tunnel der Untergrundbahn gekommen.

Die Verteidiger sind vollkommen überrascht. Sie versuchen zu kämpfen. Aber immer mehr Soldaten kommen herein. Sie überrennen die Arbeiter. Die ergeben sich.

Nun wird Jagd gemacht auf die, die sich versteckt haben.

„Werdet ihr kennen, ihr Schweine!“

Mit Gebüll, mit Lachen und Fluchen treibt man die Kommunisten auf die Straße.

Die Soldaten jubeln über ihren Sieg. Sie feiern ihn, indem sie die Arbeiter in die Gesichter schlagen. Sie spucken sie an und traktieren sie mit Kolbenstößen.

Unter wildem Geschrei treibt man die Gefangenen über den Platz zur Alexanderkaserne.

„Schneller! Beißt auch, ihr Hunde!“ Jubelt unterbreiten diese Befehle.

Es schneit. Die Straßen sind weiß, wie mit Tüchern bedeckt.

Einige Gefangene empören sich. Sie können sich nicht länger Ohrfeigen geben lassen.

Fünf werden herausgegriffen. Man stellt sie an die Wand.

Auf der offenen Straße, am ersten Pfeiler der Kaserne, vom Alexanderplatz aus, werden sie niedergeschossen.

Da habt ihr's, wie man mit roten Kanakillen umgeht! Küßt euch nicht, sonst werdet ihr alle erschlagen!

Die Gefangenen reißen die Mäuler auf. Sie schreien. Sie wollen schreien. Aber sie bleiben stumm.

Es ist kalt.

Durch das schwarze Tor ziehen die Revolutionäre auf den Rajenenhof.

Musterung.

„Namen nennen! Schneller!“

Schläge. Stöße. Tritte.

„Namen nennen!“

„Wer ist euer Führer?“

Sie werden alle in eine Ecke getrieben. Dann wieder zurück, an eine Wand. Sie werden getrennt. Ein Teil nach rechts, die anderen müssen hier bleiben.

Es schneit nicht mehr. Es ist kälter geworden. Die Gefangenen frieren. Es dämmert.

„Wo ist euer Führer?“

„Er ist als Unterhändler herausgegangen und verhaftet worden!“

„Aha!“

„Wo ist Liebtnecht?“

Ein sechzehnjähriger Mann tritt aus der Gruppe:

„Hoch lebe Liebtnecht!“

Ein junger Soldat steht dicht hinter ihm. Er hebt sein Gewehr und schlägt ihn mit dem Kolben nieder.

Der Schnee färbt sich rot.

Ein Mensch unter den Soldaten, ein Sanitäter, beugt sich zu dem Geschlagenen.

Man ruft ihm zu, nicht einzeln, viele:

„Zurück, laß den Hund verbluten!“

Der Sanitäter tritt zurück. Er darf nicht Mensch sein.

In den Gefangenen würgt es.

Der Sechzehnjährige richtet sich halb auf. Er ist kein Mann mehr. Ein Kind bittet:

„Tut mir doch nichts mehr!“

Man richtet an ihn den Befehl, mit erhobenen Händen zur Mauer zu gehen.

Mit unendlicher Mühe richtet sich der Schwerverletzte auf. Schwankend, Schritt für Schritt, schiebt er sich vorwärts.

Hinter ihm kniet ein Scharfschütze nieder. Er legt an. Die der Zunge an der Mauer ist, trifft ihn ein Schuß in den Hinterkopf. Lautlos bricht er zusammen.

Ein Genosse, ein Chauffeur, sagt halblaut:

„Wer spielt mit Menschen?“

Drei Schüsse strecken ihn tot nieder...

Noske träumt...

Von einem Mitglied der SPD, dem Parteigenossen Gustav Noskes

Max Barthel

L

Herr Noske träumt so schweren Traum,
Aus seinem Mund bricht weißer Schaum.

Die er tags in den Tod gehezt,
Erstehen vor ihm, blieszertzt.

Der eine deutet auf die Stirn:
„Du Hund zerschossst mir das Hirn!“

Dem andern klappt der junge Leib:
„Nun geh' und meuchle auch mein Weib!“

Dem andern bluten Brust und Herz:
„Dein Wort ist Mord! Dein Blick ist Erz!“

Und der Gestalten wachsen mehr,
Herr Noske stöhnt und atmet schwer.

Und jeder donnert seinen Spruch
Und spelt ihm ins Gesicht den Fluch.

„Wir standen tapfer! Keiner wich!
Schuß gegen Schuß! Stich gegen Stich!“

Kein Schmerzensschrei sei Dir geschenkt,
Bis man Dich an den Galgen henkt!“

II

Der Morgen kam. Das Licht beschloß
Die Barrikaden von Berlin.

Das Volk, das seine Ketten bricht,
Erhebt bellammt sein Angesicht.

Herr Noske aber ist erwacht
Und rüstet sich zur neuen Schlacht.

Sein Adjutant heißt Pritzelwitz
Und kommt in Flammen und im Blitz.

Herr Noske ruft. Sein Hauch ist Pest,
Berlin hat heute Hochzeitsfest.

Die Honker tanzen lästernd mit,
Die Brautnacht ist in Moabit.

Herr Noske winkt. Das Feuer tackt,
Die Braut zu Würmerfraß zerhackt.

Und wer das hohe Weib umwarb,
Im Standrecht an der Mauer starb.

Der Abend kam. Der Mond beschloß
Die Barrikaden von Berlin.

Herr Noske liegt in schwerem Traum,
Aus seinem Mund bricht weißer Schaum.

Rosa Luxemburg, die Kämpferin

Die Unverschämtheiten der späteren Reichskanzler und Minister

Genossin Minna Reichert schreibt:

Rosa Luxemburg lernte ich kennen, als ich in Berlin eine Gruppe Anarchistinnen von der SPD absonderte. In einer Generalversammlung ging sie gegen Erich Mühsam, der ein hervorragender Vertreter dieser Gruppe war, so energisch vor, daß sie vollständig geschlagen wurden. Ich war damals ganz begeistert von dem großen Geist dieser Frau.

Auf dem Renard Platztag 1913 war es Rosa, die für Annahme der Resolution zum Massenstreik kämpfte. Am meisten empörte mich damals, daß sich der Gewerkschaftsführer Gustav Bauer, nachmaliger Reichskanzler hinstellte und sagte:

„Zu solchen Reden, wie Rosa sie gehalten hätte, läge man bei den Gewerkschaften einfach: Laß schwägen!“

Das war die Mut darüber, daß Rosa die Passivität des Parteivorstandes so glänzend kritisiert hatte.

Auf der letzten Berliner Generalversammlung vor dem Kriege wurde Rosa zum nicht mehr stattgefundenen internationalen Kongreß in Wien gewählt. Als sie dort ihre Meinung vertrat, wurde sie vom heutigen Ministerpräsidenten Braun als „kapriziöse Witmadonna“ bezeichnet. Nun, ich glaube, das hat ihn nachher selbst leid getan, denn er erlebte eine solche Abfuhr von dieser kleinen Frau, daß mir das Herz im Leibe lachte. Wie turmhoch überlegen war sie doch diesen kleinen Geistesgenossen!

Dasselbe erlebten wir ja auch dann, als sie sich verteidigte im Prozeß, den man gegen sie wegen Hochverrats machte. Auch

da fühlte man, daß sie dem ganzen Gericht mitamt dem Staatsanwalt vollkommen überlegen war. Trotzdem, Rosa mußte ihre Strafe abgeben, man hatte sie auf lange Zeit unschädlich gemacht.

Als ihre Zeit um war, sammelten wir Frauen Geld und versorgten Rosa zunächst mit Lebensmitteln, damit sie sich pflegen konnte. Wir wußten, es gab bald nicht mehr viel zu kaufen, weil es bei uns schon recht knapp wurde. Sie schrieb uns einen Dankbrief an meine Adresse gerichtet.

In diesem Brief forderte sie uns auf, mit ihr gemeinsam den Weg der Opposition weiter zu gehen und in den Spartakusbund einzutreten. Dieser Brief wurde bei einer Hausdurchsuchung nach dem Januarstreich bei mir von drei Polizisten gestohlen und ich bekam ihn trotz Versprechens nicht wieder.

Kurz darauf lud Rosa die acht Genossinnen des Zentralvorstandes zu Besprechungen ein, um sie für den intensiven Kampf zu gewinnen. Wir waren viermal mit ihr zusammen, und ich habe dort viel von ihr gelernt, aber auf ihrem ruhigen Weg ihr zu folgen, wagten wir doch noch nicht. Wie dachten damals, die U.S.D.A., die sich rasch entwickelte, wird den revolutionären Kampf führen, was eine große Enttäuschung war.

Sie wurde dann sehr bald in den ZK von Berlin gewählt, konnte aber nur an zwei Sitzungen teilnehmen. Sie trat dort sehr energisch dafür ein, daß die Partei fordern müsse, daß das Meer aus Frankreich und Belgien zurückgezogen werden solle.

Rund um den Erdball

Potz-Tausend, der Goldmacher verstand sein Handwerk!

Generalgoldmarschall Ludendorffs Bier nach Gold

Acht Prozent des Gewinns für Tausend, 17 Prozent für die Aktionäre und 75 Prozent für Ludendorff

Der zweite Tag

München, 20. Januar. Unter großer Spannung aller Beteiligten wurde am Dienstag im großen Schwurgerichtssaal des Münchner Justizpalastes der Betrugsprozess gegen den Goldmacher Franz Tausend fortgesetzt. Am Vormittag wurde zunächst die Gründung der „Studiengesellschaft Tausend“ erörtert, wobei der Vorsitzende zum stillen Gaudium der Anwesenden die umfangreichen Satzungen dieser Gesellschaft verlas.

Am schwersten der Lächerlichkeit preisgegeben ist General Ludendorff und, wie sich jetzt herausstellte, die Reichsregierung, die Ludendorff durch die Reichsanleihe als Treuhänder ernannt hat, um die angebliche Erfindung auf ihre Verwertungsmöglichkeit für Deutschland prüfen zu lassen. Ludendorff ließ nunmehr in Göttingen für Tausend ein eigenes Laboratorium errichten und seine Goldmacherei durch sechs „Sachverständige“ prüfen. Ludendorffs Absicht, sogar Hindenburg mit dem genialen Schwindler befreundet zu machen, scheiterte nur im allerletzten Augenblick.

Seht, seht, das ist ein Geschäft...

Da sich Ludendorff von Tausends Erfindung ungeheure Reichtümer versprach, versuchte er den Löwenanteil an diesem Geschäft selbst einzustreichen. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, durch den schwarz auf weiß niedergelegt wurde, daß Tausend nur 8 Prozent des Gewinns erhalten sollte, 17 Prozent sollten den Aktionären zufallen, während Ludendorff sich selbst 75 Prozent bewilligte und zwar wurde ausdrücklich vereinbart, daß er das Geld ohne Kontrolle verwenden dürfe. Der Erlös der Goldgewinnung sollte also zu 100 Prozent „vaterländischen Zwecken“ zugeführt werden.

70 000 Mark für den „Böckischen Kurier“

Von den Einzahlungen der nationalen Industriellen, man spricht von 1 1/2 Millionen Mark, erhielten zunächst der „Böckische Kurier“, der damals Ludendorffs graue Gedanken vertrat, 70 000 Mark. Als dann später ein Geldgeber aus Farnen Verdacht schöpfte und nach München schrieb, daß er endlich Gold sehen wolle, siedelte Tausend eine zeitlang nach Bamberg über und erhielt von dem unerschütterlichen Ludendorff monatlich 2 000 Mark dorthin geschickt. Nunmehr war Tausend obenauf. Er führte ein äußerst luxuriöses Leben und war sogar in der Lage, sich Schlösser zu kaufen und auf das kostspieligste einzurichten.

Es sollte doch nicht Rukitol produziert werden

Im weiteren Verlauf kam Tausend auf seine verschiedenen Laboratorien zu sprechen. Er habe nach Bremen gehen müssen, da die dortigen von Ludendorff vermittelten Geldgeber es haben wollten. Er habe eine Anlage entworfen, die Mittel reichten aber nicht zum nötigen Ausbau, und so sei er schließlich nach Frankfurt a. M. gegangen. Dieses Laboratorium war klein, aber modern eingerichtet. Zu einem Großbetrieb war das Laboratorium in Freiberg ausersehen. Es wurden große elektrische Leifen eingebaut. Später stellte sich heraus, daß in Freiberg nicht der nötige elektrische Anschluß zu haben war. Das Geld, das hier gezahlt wurde, sei bald verloren gewesen. Einige Zeit später habe Ludendorff seinen Austritt durch einen Bevollmächtigten erklären lassen.

Die finanziellen Verhältnisse seien dann immer schlimmer geworden, da im Verein zahlreiche Angestellte vorhanden waren,

Erdbeben und Vulkanausbrüche in Mexiko



Ein neues Erdbeben zerstörte in Süd-Mexiko drei Städte fast vollkommen. Bisher wurden 116 Tote geborgen. Im Zusammenhang mit dem Erdbeben trat der Vulkan Popocatepetl, unser Bild, wieder in Tätigkeit. Die glühenden Lavamassen richteten riesige Zerstörungen an.

die hohe Gehälter bezogen und nicht aussteigen wollten. Auf seine Initiative beschloß man dann, das bisher ausgebaute Kleinverfahren der Goldherstellung bis zu 10 Gramm einer Gesellschaft für etwa 5 Millionen Mark zu verkaufen. Die Verhandlungen zerschlugen sich aber.

Vorsitzender: 5 Millionen waren eigentlich auch eine hohe Summe.

Tausend: Bei solchen Problemen darf man auch nicht kleinlich

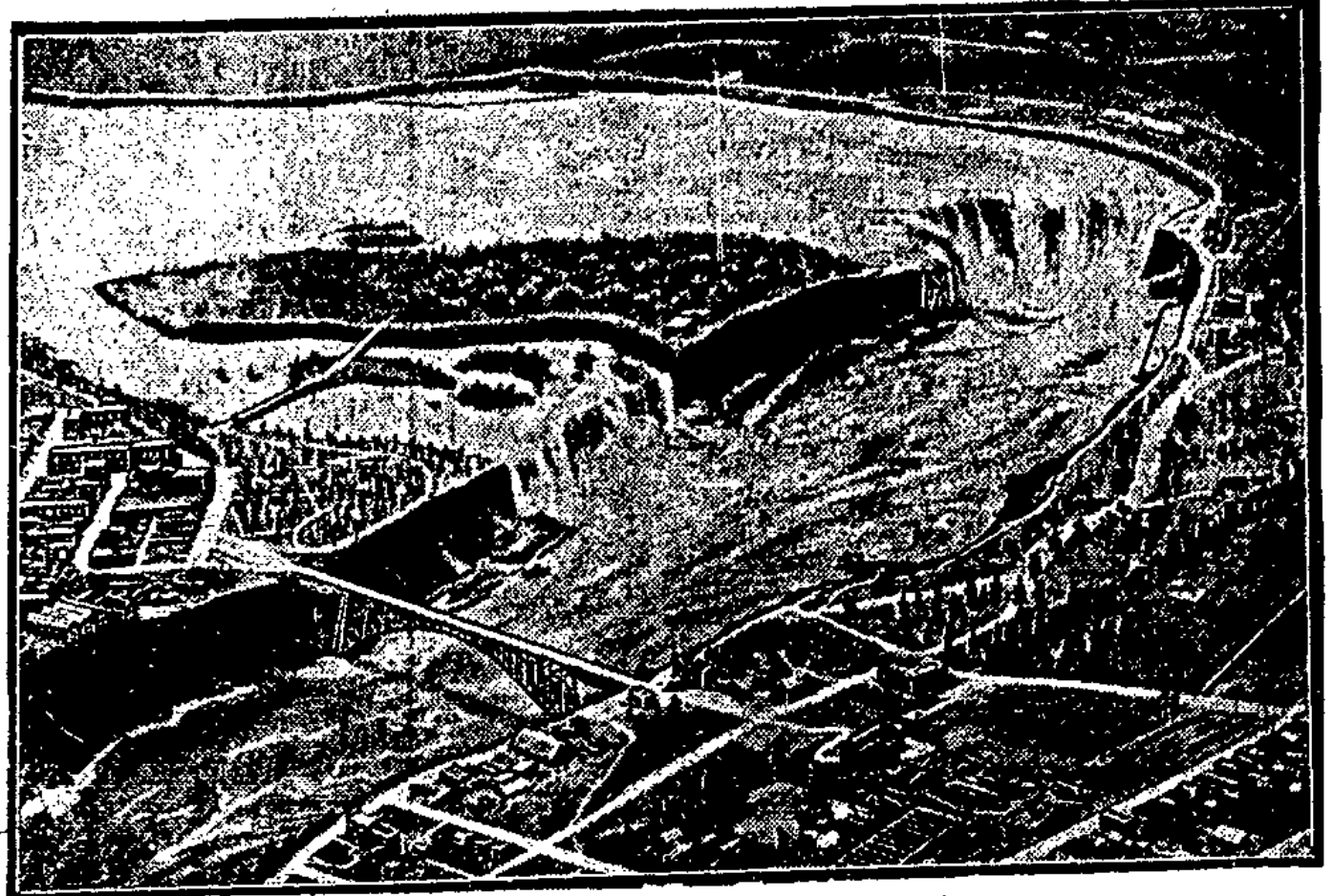
sein. Es sollte sich ja nicht um Rukitol oder Zahnpasta handeln. Das erste Kilo Material habe er schon vor Jahren fertig gehabt. Der Vorsitzende warf ein, unter Material sei doch Gold zu verstehen; die Mitglieder seien jedenfalls der Ansicht gewesen, daß es Gold sei.

Tausend: Ich sage absichtlich nicht Gold. Für mich war es „Material“; es konnte ja auch eine Legierung sein.

Am Mittwoch hofft man mit der Zeugenernehmung beginnen zu können.

Felssturz an den Niagara-Fällen

Auf der amerikanischen Seite der Niagara-Fälle, im Bilde links von der Insel, lösten sich Gesteinsmassen in einer Breite von 50 Metern und in einer Tiefe von 70 Metern. Der Absturz ist die größte Veränderung an den Niagara-Fällen seit Jahrhunderten.



Zigarettenmarke „Weihrauch“

Das Allerneueste aus Rom: „Der Stellvertreter Gottes auf Erden“ beabsichtigt die Errichtung einer Tabakfabrik, um erfolgreich mit Mussolinis Monopolverwaltung konkurrieren zu können. Die Zigaretten und Zigaretten, Marke „Weihrauch“ sollen nicht nur für den Verbrauch innerhalb der Vatikanstadt, sondern auch zum Verkauf an die ganze katholische Christenheit hergestellt werden.

Unsere deutschen Nazis werden von dieser päpstlichen Konkurrenzfirma nicht gerade begeistert sein, denn ihre erst vor kurzem mit viel Klame-Tamam angebotene deutsche Eichen und Buchenlaub-Marke „Sturm“ wird, wie wir vernehmen, nun in den internsten Kreisen der SA geraucht und da auch nun unter Androhung des Parteiausschlusses. Und nun kommt zu dieser Meute noch die Zigarettenmarke „Weihrauch“! Aber wir wären mit einer Aktiengesellschaft zur gemeinsamen Produktion von blauem Dunst?

Kesselexplosion in Kopenhagen

Fünf Arbeiter schwer verbrannt

Kopenhagen, 20. Januar. Auf der Werft von Burmeister und Wain entstand bei der Inbetriebnahme eines großen Dieselmotors durch Zehnjündung eine Explosion. Durch den Luftdruck wurden 5 Arbeiter in einen Wassergraben geschleudert, auf dem brennendes Öl schwamm. Mit schweren Brandwunden wurden sie ins Krankenhaus eingeliefert.

Grippeepidemie auch in Madrid

Die Grippeepidemie, die in den letzten Wochen fast ganz Europa heimgesucht hat, grassiert nunmehr auch in Spaniens Hauptstadt, in Madrid. Sämtliche Krankenhäuser der Stadt haben Notbetten aufgestellt und sind trotzdem nicht in der Lage, auch nur annähernd den gewaltigen Ansprüchen zu genügen.

Drei Skifahrer von Lawinen getötet

Nach einer Meldung aus Innsbruck sind seit Sonntagabend zwei holländische Skifahrer von einer Skitour ins Arlberggebiet nicht mehr zurückgekehrt. Trotzdem verschiedene Suchmannschaften ausgesandt wurden, konnte man keine Spur von den Vermissten entdecken. Man befürchtet, daß die Beiden durch eine Lawine den Tod gefunden haben. Wie aus Garmisch berichtet wird, ist am Kreuz ein Skifahrer aus Starnberg unter eine Lawine geraten und erstikt.

Meterhoher Schnee im Allgäu

Im bayerischen Allgäu hat es die letzten Tage so stark geschneit, daß die Schneehöhe im Tal heute durchweg einen Meter beträgt. In den Bergen ist infolge des föhneffekts eine Lawinengefahr eingetreten. Das Hochwild kommt in Rubeln zu Tal an die Futterplätze. In der Gegend von Kempen sind zahlreiche Postautoverbindungen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden.

Grubenunglück bei Meß

Drei Kumpels getötet

Meß, 20. Januar. In der Grube Neuer bei Meß ereignete sich am Montag beim Schichtwechsel ein folgenschwerer Unfall. Ein Stoßzug, der mit 80 Bergleuten besetzt war, ließ in voller Fahrt mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Zug zusammenstoßen. Dabei wurden drei Kumpels bis zur Unkenntlichkeit zermalmt. Zahlreiche Arbeiter trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon.

Weitere Todesopfer des Gbinger Eisenbahnunglücks

Nach den zuletzt vorliegenden Meldungen sind bei dem Gbinger Eisenbahnunglück 4 Tote zu beklagen. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 13, die der Leichtverletzten 20. Der Lokomotivführer, der das Unglück verschuldet hat, ist verhaftet worden.

Stürme über dem Ägäischen Meer

Über dem Ägäischen Meere toben zur Zeit außerordentlich heftige Stürme, die zahlreiche Schiffsunfälle verursacht haben. Von mehreren Seiten werden gestrandete Dampfer gemeldet, mehrere Segelschiffe sind gesunken.

Tabakhändler ermordet aufgefunden

Am Sonntag nachmittag wurde der 52jährige Tabakhändler Max Ulbrich aus Urdenbach in einem Walde bei Langensfeld tot aufgefunden. Die Leiche wies sieben schwere Kopfverletzungen auf. Ulbrich ist auf dem Wege nach Langensfeld niedergeschlagen, seines Koffers sowie einer ledernen Geldtasche beraubt worden.

Belgischer Dampfer gestrandet

Der belgische 5000 Tonnen große Dampfer „Kabinda“ ist zwischen Daresalam und Beira auf ein Riff gelaufen und gilt als verloren. Passagiere und Besatzung konnten nach schwierigem Rettungswerk auf der Insel Mafia landen.

Im Jahre 1930

69 Tote

5200 Verletzte

1400 Eingekerkerte

9468 angeklagte Proletarier

6250 wurde Rechtsschutz jeglicher Art gewährt

4711 wurde von der Roten Hilfe ein Rechtsanwalt gestellt

Januarheft des „Tribunals“ soeben erschienen!

Aktivisierung der Jugend!

Eine Entgegnung auf den „Volkswacht“-Artikel

Die Reichswehrprovokation gegen das Proletariat

Ein Arbeiter schreibt uns zu dem am Sonntag stattgefundenen... Die Reichswehrprovokation gegen das Proletariat... Wie richtig die Arbeiterzeitung vom Sonntag die Situation entgegen der Stellungnahme der „Volkswacht“ eingeschätzt hat...

25 Pfennig Stundenlohn!

Zum Begrüßen des Schnees wurden in Breslau Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beschäftigt. Wie sie entlohnt wurden, geht aus folgendem Beispiel hervor...

Wohnungselend

Der Arbeiter Polowky bewohnt in dem Hause Sedanstraße 30 mit Frau und zwei Kindern eine Wohnhöhle, welche nur 2,05 Meter lang und 1,00 Meter breit ist...

Lenin hat in Deutschland nichts zu bedeuten

Am Sonntag hielt die freigeberische Jugend eine sogenannte Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier ab. Als der Redner des Abends hauptsächlich nur von Liebknecht und Luxemburg sprach...

Wache der städtischen Rohrnetzbetriebe

Da in der Übergangszeit erwartungsgemäß die Schäden im Bereich der Rohrnetzbetriebe sich häufen, wurde der Wachtdienst der städtischen Rohrnetzbetriebe seit einiger Zeit modernisiert...

Die „freie weltliche“ Schule

Ich lese nun schon längere Zeit das Mitteilungsblatt des Bundes der freien Schulgenossenschaften Deutschlands e. V. Beim Lesen kommt man zur Überzeugung, daß sich das Blatt immer mehr zu einer P. D. - Zeitung entwickelt...

Der „Volkswacht“ vom 16. Januar legt als Beilage „Der junge Kämpfer“ bei. In dieser Beilage wird unter obiger Überschrift ein mit r.v. (warum so schamhaft, Kewentlow?) gezeichneter Artikel veröffentlicht...

Soweit die Auszüge aus dem „Volkswacht“-Artikel. Warum schreibt Kewentlow sich die Finger wund über die Frage der Aktivisierung der Jugend? Genau wie sich alle bürgerlichen Parteien in einer Krise des Nachwuchses befinden...

Wenn man in dem Artikel davon spricht, daß die Diskussion um die Aktivisierung der Jugend nicht durchweg fruchtbar war — nun, die Aktivisierung der Jungsozialisten in Berlin, Bremen und Königsberg, sie bemerken nur, wie „ernst“ es der Führung mit der Aktivisierung der Jugend ist...

Arbeitereltern.

wohin schickt ihr eure Kinder? Ginein mit ihnen in den Jung-Spartakus-Bund!

an Volksschulen! Ja, du liebe Schulzeitung, hast du nicht Braum und die Preußengeregierung gelobt? Hier wäre ja Grund genug, auch etwas von der SPD. zu schreiben...

Arbeiterfrauen von Scheitnig!

Mittwoch 20 Uhr findet bei Pirsch, Pirsch, Ecke Bodstraße, eine öffentliche Frauenversammlung mit Lichtbildervortrag statt.

Arbeiterfrauen vom Odertor!

Heute Mittwoch, den 21. Januar, 20 Uhr, findet Enderstraße bei Zilbig eine allgemeine Frauenversammlung statt.

Noch zwei Diskussionsabende!

Am heutigen Mittwoch im „Zentralballsaal“ und am morgigen Donnerstag bei Zoubilid, Königgräber Straße 10, finden zwei Diskussionsabende mit SPD.-Kollegen statt.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr: Kinder haben Zutritt! Pat und Patachon als Kannibalen. Auf der Bühne: Mandolinen-Konzert Winterzauber im Relde Rübzahl.

unfreiwilligen Ruhe“ der jungen Proleten spricht. Warum steht man hier nicht zu den Taten der SPD. in der Praxis? Wer ist schuld daran, daß die Jungarbeiter, falls sie noch im Betrieb sind, nur eine kurze Freizeit haben?

Wo hat die SAJ.-Führung für die Besserung der jungen Arbeiter gekämpft? Wo und wann hat die SPD. und SAJ. für den Sechsstundentag und Vierwöchenerurlaub der Jugendlichen den Kampf aufgenommen?

Wo hat man an einem ernstlichen Kampf für die Besserung der Lage der Jungarbeiter etwas getan? „Erweckung des Klassenbewußtseins“ sagt man und meint die Zusammenarbeit in dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände...

SAJ-otter, Jungsozialisten, ihr begehrt in diesen Tagen Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Festern. Wollt ihr damit, indem ihr jene Märtyrer der Arbeiterklasse, die Führer der Arbeiterjugend feiert, beweisen, daß ihr gewillt seid, den Weg, den diese Toten gegangen, ebenfalls zu beschreiten?

Kämpft mit uns gemeinsam, mit uns Aktivisierung der Jungen und Alten, aber nicht für Überbrückung der Klassenunterschiede und Stützung dieses kapitalistischen Systems...

Wenn ihr derselben Meinung seid, dann begehrt ihr durch eure Forderungen politische Zeichen zu setzen, wenn aber nicht, dann gibt es nur einen Weg: Her zu uns, zur Jugend Karl Liebknechts!

Freiwillige Kollegen in die Diskussionsabende. Schmiebet die rote Einheitsfront!

Touristenverein die Naturfreunde

Mittwoch, den 21. Januar, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung. Thema: „Photographische Einzelheiten.“ Jeder Klassenbewußte Prolet erscheint!

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den literarischen Teil: Ernst Bollmeier, M. d. L., Breslau. — Für Interesse: Karl Gansdorf, Breslau.

LIEBICH Täglich: 2 Vorstellungen 4,15 und 8,15 Week-end im Grunewald und 9 Attraktionen

Stadttheater Schweidnitz Dir.: Paul Richter Donnerstag, 22 Jan. abends 8 Uhr Der letzte Walzer Operette von O. Strauß

Freitag, 23. Januar abends 8 Uhr Der letzte Walzer Sonntag, 25. Januar nachm. 1/4 Uhr Der letzte Walzer abends 1/8 Uhr Der letzte Walzer

Ganz Breslau spricht von den neuen 23 Sensationen des Circus-Königs: u. a. Sailer-Jackson 5 Albertys Der Weltmeister der Domptours Die Tod - Verdichter unter d. Circuskuppel

Wandreibhaus Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21 Beleuchtung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Waldenburger Bergland

Ein SPD-Worker gegen die Schmierfinken der „Dredwacht“

Von einem alten sozialdemokratischen Arbeiter wird uns geschrieben: Auch im niederschlesischen Industriegebiet erkennen die Arbeiter immer mehr die verbrecherische Politik der reformistischen Gewerkschaften. Sie ziehen daraus die Konsequenz und reihen sich ein in die revolutionäre Front. Sie kommen zur SPD und KPD. Wer das noch bezweifelt, der braucht sich nur mal die „Dredwacht“ zur Hand zu nehmen. Während die Gewerkschaftskongresse selber sich noch Interresse haben, zu der auf der Tagesordnung stehenden Lohnfrage Stellung zu nehmen, entlassen sie die höchste Aktivität, um die Funktionäre der SPD und KPD in den Dred zu ziehen. Dabei haben sie es besonders auf unseren Genossen Beder abgesehen, wie ja bereits neulich in unserer Zeitung festgestellt wurde.

Genosse Beder, der jahrelang Betriebsrat auf der Melchiorgrube war, ist bekanntlich gemarktet worden, weil er die Interessen der Kumpels vertreten hat. Das erkennen auch die der SPD noch angehörenden Arbeiter an, aber gerade diese Tatsache ärgert die Bongen ebenso wie die Schmierfinken in der „Dredwacht“, und deshalb erfolgte auch der beschriebene Vorfall gegen unseren Genossen Beder, den die „Arbeiter-Zeitung“ bereits am Sonnabend angeprangert hat.

Zur Illustration der Gemeinheit, die in jenem Anwurf gegen Beder lag, will ich hier einige Beispiele anführen. Da ist z. B. der „Genosse“ Wendenmuth, der als Reichstagsabgeordneter mit seinen Speien für Ausschüttungen an die 900 Mark im Monat bezieht und dabei noch sein Gehalt als Chefredakteur von 700 Mark einstreicht. Einige sonstige kleine Nebeneinnahmen sind dabei noch nicht einmal in Anrechnung gebracht. Dieses Mißneinommen wird auch von seinen eigenen Freunden als empörend empfunden. Als aus diesem Grunde in der Pressekommission Genossen die beschuldene Frage aufwarfen, ob das Gehalt von Wendenmuth nicht gekürzt werden könnte, um so mehr, weil seine ganze Tätigkeit als Chefredakteur in der Hauptache darin besteht, Artikel aus dem sozialdemokratischen Presse-dienst abzugeben, wurden die rebellierenden Genossen in der Sitzung den Wendenmuth dermaßen angechnauzt, daß sie alle Abbaupläne aufgaben.

Weiter gibt in der „Dredwacht“ der Expedient Haderl und bezieht dafür ein Gehalt von 600 Mark. Daneben ist er Vorsitzender der Detektorantenne und bezieht dafür im Jahre 700 Mark, für jede halbtägige Sitzung 2 Mark, ganztägige 4 Mark. Das war aber Haderl noch zu wenig, er beantragte eine Jahresentschädigung von 1500 Mark und als Sitzungsgelder 7.50 bzw. 15 Mark. Das ging selbst der Aufsichtsbekörderung zu weit. Sie bewilligte zwar die erhöhte Jahresentschädigung, erhöhte aber die Sitzungsgelder nur auf 5 bzw. 10 Mark.

Da ist weiter der Genosse Herr Schubert, der in unserer schönen Stadt den Oberbürgermeisterstuhl für 20.000 Mark im Jahre rückt. Darüber etwas zu sagen, ist wohl nicht notwendig.

Weiter hat da auf der Auenstraße ein gleichnamiges Männlein namens Kühn, der ebenfalls nur etwas über 600 Mark im Monat zu beziehen hat.

Das ist nur eine ganz kleine Auswahl aus der großen Galerie von Futterkriechen in der SPD, die alle gar nicht daran denken, sich mit einem Gehalt, und sei er selbst so groß wie der des Herrn Oberbürgermeisters, zu begnügen, alle verstehen es ausgezeichnet als Doppeldieb in Erscheinung zu treten. Wenn es die Schmierfinken in der „Dredwacht“ gelüftet, bin ich gern bereit, die Liste noch ganz gewaltig zu erweitern. Ich habe den „Wendenmuth“ und Genossen selber mit erlebt; ich bin selbst zwar zu alt gewesen, um noch in den Reihen der SPD den Kampf aufnehmen zu können, aber manchmal juckt es mich doch in den Fingern. So war es auch bei diesem schamlosen Angriff gegen den „Doppeldieb“ Beder. Deshalb nahm ich die Feder zur Hand, um auch meinerseits nach die Anprangerung, die die „Arbeiter-Zeitung“ an dieser Gemeinheit bereits vorgenommen hatte, noch um einiges zu ergänzen.

Steiger „Liebe“ auf der 5. Sohle der Melchiorgrube

Die Melchiorgrube ist allen bekannt als „Beeche Glend“. Die Anstaltsknechte sprechen eine deutliche Sprache und beweisen die ungeheure Ausbeutung und das wahnsinnige Antreiberstystem, das noch geherrscht wird durch den steten Ruf der Steiger: „Kohle! Kohle!“

Während die Kumpels kaum Zeit finden, ihre Margarinetrusten zu verdrücken, haben einzelne Steiger wiederum Zeit, irgend welchen Beschäftigungen nachzugehen, die eigentlich nicht in ihr Aufgaben-geld fallen. Steiger Köllmann aus der 10. Abteilung glaubt die Langeweile am besten dadurch zu vertreiben, indem er sich für seine Liebesaffäre das nötige Opfer sucht. Der 18jährige Schleppler Alfred M. gefiel ihm schon längere Zeit. Am Dienstag besuchte er den Bauer Paul F., der in der achten Fallenden mit M. arbeitete, den Schleppler runter zu schicken, er habe die Grubenzeichnung verloren und M. solle suchen helfen. Noch kurzer Zeit fanden beide die Zeichnung, und nun stellte Steiger Köllmann an M. einige Fragen, u. a. ob er rauche, ob er schon Fräse am Gesichtsteil hätte, ob er schon mit Mädchen Geschlechtsverkehr gehabt hätte uim. Als M. diese Fragen beantwortete, griff F. nach dem Gesichtsteil des M. und scharte ihm als er ging noch ein, er solle ja schweigen.

Als M. wieder an den Ort kam, teilte er es sofort dem Schleppler Br. mit. Nun erfuhr ansehend Köllmann von dem „Vorbruch“ des M. Am anderen Tage wurde deshalb der Schleppler Br. in die 4. Abteilung verlegt, wo ihn Steiger Köllmann sofort begrüßte: „Wenn ich das Geringste höre, dann fliegen Sie!“ M. hat noch nichts sagen wollen, da er Angst hat, entlassen zu werden.

Die Belegschaft der Melchiorgrube trägt an: Melange sollen sich die Jungarbeiter etwas derartiges gefallen lassen?

Nieder-Salzbrunner Arbeiter wählen Delegierte zum Antifaschistischen Kongress

In einer am Sonnabend tagenden Versammlung der SPD im „Anter“ sprach unser Genosse Reichstagsabgeordneter Beder, den bekanntlich die „Dredwacht“ durch eine schamlose Verleumdung in den Augen der Arbeiter herabsetzen wollte. In der Versammlung zeigte sich aber, daß jene Schmierfinken das Gegenteil durch ihre Verleumdung erreicht hatten. Nachdem der Genosse Beder die politische Lage in einem ausgezeichneten Referat aufgezeigt hatte, befaßte er sich auch mit jener Verleumdung und prangerte unter lebhafter Zustimmung aller Versammelten die Gemeinheit entsprechend an. Gleichzeitig besprach Genosse Beder auch die Vorgänge bei dem Besuch des Hungerkämpfers, und auch hier fand er die allgemeine Zustimmung der Versammelten. Aus der Versammlung heraus wurde dann eine Delegation von vier

Arbeitern zu dem im nächsten Monat stattfindenden Antifaschisten-Kongress gewählt.

Zum Schluß wurde auch die Lage der Bergarbeiter eingehend besprochen und für den vorgubereitenden Streik ein Solldarlehens-ausschuh gewählt, dem auch eine Frau angehört.

Alles für die Bergarbeiter!

Unter diesem Motto geht die JAG-Rundgebung am Sonntag 14 Uhr, im „Deutschen Haus“ in Weißeln vor sich. Aus dem Programm: 1. Eröffnung — Regitationen. 2. Ansprache: Alles in den Dienst des Bergarbeiterkampfes! 3. „Unternehmerrechte“ — „Moritai“ — Hausdorfer Grubenmord — Satirisches — Nieder zur Saute — Regitationen. Das Programm wird von Schauspielern der Vereinigten Theater, Breslau, u. der Breslauer „Jag-Gruppe „Gana““ ausgeführt. Eintritt 60 Pfg. für Betriebsarbeiter, 30 Pfg. für Erwerbslose und Frauen, und 1 Mark für Nichtmitglieber proletarischer Organisationen. — Starten zu 30 Pfg. und 1 Mark, nur an der Kasse. — Des erstklassigen Programms wegen ist ein Besuch der Rundgebung auch aus den benachbarten Orten zu empfehlen.

Langwallersdorf

Die Kumpels gegen Lohnraub

Am Sonntag fand hier eine Versammlung des Bergarbeiterverbandes statt, der sich jetzt in den Händen der SPD befindet. In der Ansprache zeigte sich, daß alle Anwesenden gegenüber dem beabsichtigten Lohnabbau der Ansicht sind, daß unter keinen Umständen auch nur ein Pfennig abgebaut werden darf. Diese Erkenntnis ist zwar recht erfreulich, aber wir oppositionellen Kumpels sagen ganz offen, daß es nicht genügt, diese Erkenntnis zu haben, sondern daß es notwendig sei, gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, die durch ihr Verhalten an der Ruhr und in Oberschlesien gezeigt hat, daß sie mit dem Lohnraub einverstanden ist, den Kampf aufzunehmen. Dazu ist erforderlich, daß sich die Kumpels auf allen Schächten, in allen Betrieben fest zusammenschließen, Kampfausschüsse wählen und die Streikbewegungen organisieren. Nur wenn eine rote revolutionäre Einheitsfront aller Ausgebeuteten geschaffen wird, wird es möglich sein, den beabsichtigten Lohnraub zu verhindern.

Wüsteglersdorf

Folgen sozialdemokratischer Wohnungspolitik

Im Dezember wurden in unserer Gemeinde die letzten noch vorhandenen Schußbestimmungen für Mieter aufgehoben. Schuld daran waren die Sozialdemokraten. Einer von ihnen Vertretern hatte sich in der fraglichen Sitzung der Stimme enthalten und zwei weitere Vertreter hatten gesehlt. Jetzt zeigen sich die Früchte dieser Politik. Einige Hausbesitzer haben sich das bereits zunutze gemacht und solchen Mietern, die ihnen „nicht passen“, einfach gekündigt, um sich solche Leute hereinzunehmen, die ihnen „besser zusetzen“. Das hat zur Folge gehabt, daß auch unter den Mitgliedern des Mieter-schutzvereins sich eine große Empörung bemerkbar macht über den sozialdemokratischen Verrat. Der Vorstand des Vereins der sich aus Sozialdemokraten und Parteilosen zusammensetzt, will infolge dieser Empörung seine Posten niederlegen, und die Mitglieder verlassen fluchtartig den Verein.

Niederschlesien

Lohnsenkungs- und Abbauschwindel

Dieser Tage hatte der Magistrat Vertreter von der Landwirtschaft und Industrie zu einer Besprechung eingeladen, um dem Lohnabbau entsprechend, eine Preisherabsetzung in die Wege zu leiten. Dal der Eröffnung machte der Oberbürgermeister die Bemerkung, daß in der Sitzung keine Parteilgeschäfte getrieben werden sollten. Nach einer kurzen Bemerkung von Stajornel nahm der SPD-Vertreter Markewitz das Wort. Er machte den merkwürdigen Vorschlag, daß, falls ein Abbau der Preise nicht vorgenommen würde, müßte eine Belastung jener Kreise durch andere Maßnahmen getroffen werden. Da nur Kleingewerbetreibende und Kleinbauern vertreten waren, bedeutete sein Vorschlag eine Belastung jener Kreise, während in Wirklichkeit natürlich zunächst einmal die Großindustriellen und die Großagrarien zu einem Abbau ihrer Preise gezwungen werden müßten, wenn die ganze Preisentwertung einen Sinn

haben soll. Die Einstellung des SPD-Vertreters zeigte bereits, daß es auch der SPD bei der ganzen Geschichte nur darum geht, den auch von ihr gebilligten Lohnabbau zu bemänteln.

Unser Genosse Jozga, der darauffin das Wort nahm, stellte von vornherein fest, daß von dieser Sitzung für die werktätige Bevölkerung nichts herauskommen wird. Unter Aufzeigung der Wirtschaftskrise in allen kapitalistischen Ländern wies er nach, daß sowohl die Großagrarien, als auch die Großkapitalisten die Wirtschaftskrise durch einen Lohnraub heben wollen, daß es daher ausichtslos sei, irgendwelche Hoffnungen auf einen ernsthaften Preisabbau zu hegen. Nur durch eine Beteiligung der heutigen Proletariat sei es möglich, den unerträglichen Zustand von heute zu beseitigen.

Diese Ausführungen des Genossen waren den Anwesenden natürlich nicht sehr angenehm, und es entspann sich daran eine scharfe Auseinandersetzung. Die Vertreter der verschiedenen Gruppen hoben sich gegenseitig die Schuld zu und wehrten sich gegen den Preisabbau. Ein Sozialdemokrat mußte sich gegenüber den Ausführungen des Genossen Jozga nicht anders zu helfen, als daß er ihm Moskau-Propaganda vorwarf. Das gab unserem Genossen Jozga Veranlassung, noch einmal das Wort zu ergreifen und unter Zurückweisung des sozialdemokratischen Vorwurfs wies er noch einmal die Wichtigkeit seiner Charakteristik der gegenwärtigen Verhältnisse nach. Der Oberbürgermeister schloß hierauf die Sitzung, ohne daß irgendein Resultat erzielt worden wäre. Die bürgerliche Presse glaubte aber berichten zu können, daß man tatsächlich etwas erreicht habe. In Wirklichkeit war die ganze Geschichte ausgegangen wie das Hornberger Schicksal. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat natürlich keine Ursache, den Mißerfolg zu verschweigen, um so weniger, als es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn sie vor Illusionen von einem Preisabbau bewahrt bleiben.

Bunzlau

Die Jungkommunisten trommeln zur Volksrevolution

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen! Heraus zur öffentlichen Jungarbeiterversammlung des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, Ortsgruppe Bunzlau, am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr im Gasthaus „Zur Stadt Bunzlau“. Dort spricht der Genosse Hellmann-Breslau über das Thema:

Trotz Hitler, Cvering und Brüning zur Volksrevolution! Die Führer der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sind hiermit öffentlich eingeladen. Unbefristete Diskussionszeit zugelassen. Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, Ortsgruppe Bunzlau.

Immer größer wird das Unternehmen der organisierten Verbraucher. 11.000 Familien, die im Allgemeinen Konsumverein zusammengeschlossen sind, haben erkannt, daß die Organisation der Verbraucher, als die man den Konsumverein mit Recht bezeichnet, wesentliche Vorteile bringt. Waren es doch im Jahre 1944 arme Weiber in England, die uns den Weg zur Stärkung der Kaufkraft, des Einkommens, durch die Konsumvereine zeigten. In 35 zivilisierten Staaten sind 65 Millionen Familien den Konsumgenossenschaften angeschlossen. In Deutschland sind es 3,5 Millionen Familien, die durch die Konsumgenossenschaft wesentliche Vorteile genießen.

Zur Herbeiführung der wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter besitzen die Deutschen Konsumgenossenschaften 52 Fabriken. Die in den Fabriken nur für die Mitglieder hergestellten Produkte tragen das Zeichen GGV. Dadurch werden Ersparnisse erreicht, die den Mitgliedern in Form von Rückvergütung zugute kommen. Daher können sich die Verbraucher diesen Vorteil und erwerben die Mitgliedschaft im

Allgemeinen Konsumverein für das niederschlesische Industriegebiet e. G. m. b. H., Neu-Salzbrunn

Das natürliche absozialistisch und würde nur den D... besitzern Freude bereiten. Jetzt gibt es erst recht, dringende... im Verein und die Mitglieder aufzuklären. Kommt dann die... verberammlung, dann alles für diese Verammlung mobilisiert... dafür gesorgt, daß der Verein unter die Leitung von solchen... gliedern kommt, die ernsthaft gewillt sind, auch die Mitglieder... wahrzunehmen. Darüber hinaus müssen alle sozialdemokrati... Arbeiter auf Grund der jetzt eingetretenen Folgen des sozialdemo... traktischen Verrats aufgestellt werden, damit auch sie die Konsequenzen... daraus ziehen.

Lehmwasser

Die Gemeinde vor dem Bankrott

Ueber die letzte Gemeindevorsteherwahl ist folgendes zu berichten: Zunächst wurden die Beschlüsse der letzten Sitzung verlesen und über deren Ausführung berichtet. Dann wurde das Resultat der Wahlen... prägungen bekanntgegeben, die am 30. 12. v. J. und am 3. 1. d. J. vorgenommen wurden. Hierbei gab der Fabrikbesitzer Fischer... diese schwierige Lage höherem Ort bekanntzugeben, damit von dort... aus die Steuern zur Bedeckung des Defizits bilfiziert werden können. Von unserem Genossen wurde daraufhin dieser Bankrott... Urfachen aufgezeigt und gleichzeitig Wege gewiesen, die aus diesem Bankrott herauszuführen geeignet sind. Er erwähnte auch die Ver... legung des Schulte-Schachtes, die sehr wesentlich den Bankrott ver... schuldet hat.

Unter Punkt 3 wurden eine Anzahl Wohlfahrtsanträge... sprochen, die zum Teil genehmigt und zum anderen Teil abgelehnt... wurden. Bei einem solchen Wohlfahrtsantrag von Albert Ködler... der außerhalb der Tagesordnung durch den Vorsteher verlesen wurde... gelang es dem Vorsteher in Einheitsfront mit seinen SPD-Genossen... und den Bürgerlichen, die Vertagung dieses Antrages durchzusetzen. Hier zeigte sich wieder einmal das wahre Gesicht dieser sogenannten... Arbeitervertreter.

Von den 600 Mark, welche vor Weihnachten für Hilfsbedürftige... bewilligt waren, stehen noch etwa 40 Mark zur Verfügung. Um diese... auszugeben, scheint der Vorsteher und seine Vertreter noch einen... ganzen Monat zu brauchen, um diese 40 Mark „gerecht“ zu verteilen.

Unter Punkt 4 wurde ein Antrag betrefis der Wohnung... im Reichshaus abgelehnt, obwohl die ganze Familie in dieser Woh... nung bereits erkrankt ist. Nach den Ausführungen des SPD-Gen... stehers Ester, der die „Begründung“ der Ablehnung vornahm, scheint... ganz Lehmwasser auf einem sumptigen Morast gebaut zu sein. Wie... aber sind der Ansicht, daß es durchaus Mittel und Wege geben muß... dafür zu sorgen, diese Reichshauswohnungen in einen trockenen Zu... stand zu versetzen.

Bolkenhain

Erfolgreiche Versammlung

In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach hier am... Sonnabend der Genosse Scholaut-Viegnitz über seinen Weg zur... SPD. Seine Ausführungen fanden wie überall auch hier lebhaften... Beifall. Genosse Hiller behandelte den Steuerraub und Mieta... raub von seiten der Stadtverwaltung, indem er über die letzte Stadt... verordnetenitzung berichtete. Er ließ seinen Bericht in der Auf... forderung zum Steuer- und Mieteraub ausfliegen, der allgemeine... Zustimmung fand. Fünf Neuaufnahmen für die Partei und eine gute... Festsammlung war das Ergebnis dieser gut verlaufenen Ver... sammlung.

Schweidnitz

Stadttheater Schweidnitz. Donnerstag 20 Uhr Erbauung... der neulich studierten Operette von Oskar Straus „Der letzte Walzer“. — Freitag 20 Uhr „Der letzte Walzer“. — Sonntag 19.30 Uhr und 19.30 Uhr „Der letzte Walzer“. — In Vorbereitung „Der Kreide... kreis“ mit Frau Ruth Richter-Klinger als Gast.

Ein provokatorisches Dokument

Die FISH-Kommission will die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion „untersuchen“

New York, 21. Januar 1931. Die FISH-Kommission schaffte dem Kongress ihren Bericht. Sie schätzt die Stärke der revolutionären Bewegung (Kommunistische Partei und Rote Gewerkschaften) in den Vereinigten Staaten auf 800.000. Die Kommission erklärte, daß sowohl die Sowjetunion bemüht ist, die Revolution in den Vereinigten Staaten vorzubereiten, die Amtorgeschichte nicht ein Mittel benutzt war. Die Whalen-Dokumente haben gefälscht.

Die Kommission schlägt vor, die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaften zu verbieten, ein Landesespionagebüro gegen dieselben einzurichten, die revolutionären Ausländer auszuweisen, ihnen die Bürgerrechte abzuziehen, ihnen die Naturalisierung zu untersagen, revolutionäre Presse- und Literaturerzeugnisse sowie Gerichte über Bankrott in den Vereinigten Staaten zu verbieten, eine Kommission (1) nach der Sowjetunion zu entsenden, die die Lage der Arbeiter zu untersuchen hat, schließlich die Einfuhr von Mangan aus der Sowjetunion zu untersagen.

Die gestrige „Bramba“ schreibt zum Bericht der FISH-Kommission unter anderem:

„Unter der ungeheuren Menge sowjetischer Dokumente der letzten Zeit kann man kaum ein niedrigeres, gynischeres Dokument finden, als den soeben bekanntgegebenen Bericht der vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten eingesetzten FISH-Kommission. Die Kommission FISH wurde angeführt der brüderlichen „Enttrollungen“ des ehemaligen Chefs der New Yorker Polizei, Whalen, ernannt. Auch die Kommission FISH hat zugeben müssen, daß die Dokumente Whalens gefälscht waren. Ein Mitglied der Kommission, der bürgerliche Parlamentsabgeordnete Nelson, erklärt direkt, daß die Dokumente Whalens gefälscht seien und daß sie vielleicht von den monarchistischen Emigranten fabriziert wurden.“ Selbst die Kommission FISH faßt in ihrem Bericht, daß keine maßgebenden und rechtsgültigen Beweise dafür vorliegen, daß die Amtorgeschichte (die sowjetische Handelsvertretung) als Körperschaft mit der verwandten Tätigkeit in den Vereinigten Staaten verbunden sei.“

Somit sind alle Behauptungen, die die Kommission FISH ins weiden gerufen hatte, endgültig und wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Worauf läuft nun der Bericht der Kommission FISH hinaus? Die Kommission war beauftragt, die internationale Antisowjetkampagne „mit dokumentarischen Grundlagen“ zu verfolgen und somit die Interventions- und Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Im Bericht wie in ihren Urträgen verfolgt die Kommission FISH zunächst innerpolitische Ziele. Mit der „Wolperth“ ist es endgültig vorbei, die Arbeitslosigkeit wächst, die Löhne sinken, die Farmer werden ruiniert, der Klassenkampf verschärft sich. Sieben bis acht Millionen Erwerbslose, steigende Arbeitslosenbewegung, wachsende Arbeiterbewegung, im Süden, lächerlichen Sünden der Lebenshaltung der Betriebsarbeiter, Verschärfung der Wirtschaftskrise — all das ist für die Lage in den Vereinigten Staaten bezeichnend. All dies bereitet den Boden für die Revolutionierung der Massen und für ihr wachsendes Vertrauen zur kommunistischen Partei. Die kommunistische Partei zu einem illegalen Diktator vorzustellen — das ist eines der Ziele der Kommission FISH.

Die amerikanischen und kanadischen Holzhändler, die an einer Steigerung der Anstalt- und Manganerzpreise interessiert sind, wandten sich wiederholt gegen die recht beherrschende und unbedeutende Sowjetunion nach den Vereinigten Staaten. Diese ihre Versuche hatten aber bisher keinen Erfolg. Die Kommission FISH unternimmt nun einen neuen Versuch. Durch das Märchen vom „Sowjetdumping“ sucht sie diese Farmergruppen für sich zu gewinnen. Der unverschämte und alberne Antrag betreffs der „Unterstützung der Arbeitsbedingungen“ in der Sowjetunion soll lediglich provokatorischen Zwecken dienen.

Möchte nicht die Kommission FISH die Fremdarbeit der Arbeiter im Süden und überhaupt die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den Vereinigten Staaten untersuchen? Möchte sie sich nicht die Lage der amerikanischen Erwerbslosen näher ansehen? Möchte sie nicht die Lage der Arbeiter auf den lateinamerikanischen Plantagen des Nordamerikanischen Kapitals untersuchen?

Rüstet zum Internationalen Kampfaufmarsch am 25. Februar!

Hungermärsche in den Vereinigten Staaten

Arbeitslosendemonstrationen und Zusammenstöße im ganzen Lande

CP, New York, 21. Januar. Die aus den Staaten eingehenden Meldungen lassen erkennen, daß es sich bei den Kundgebungen der Arbeitslosen um eine Massenbewegung handelt. Außer dem Zwischenfall in Orléans werden aus zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten Arbeitslosendemonstrationen gemeldet.

In San Francisco bildeten Tausende von Arbeitslosen einen riesigen Demonstrationenzug, der zum Rathaus zog, wo Massensprechere in Aktion traten, indem sie riefen: „Geht aus Brot und Arbeit!“ Die Polizei griff verschiedene Male ein, da die Arbeitslosen die Polizeiketten zu sprengen versuchten. In New York im Staate Massachusetts und in New York im Staate New York verließen die Kundgebungen ruhig. In New York selbst, wo die Demonstranten vor das Rathaus zogen, kam es zu keinem Zwischenfall.

Besonders verwickelt ist die Lage der Arbeitslosen im Staate Arkansas, wo Hunderttausende von Personen mittellos sind. Es kam wiederholt zu Hungerrevolten und Zusammenstößen mit der Polizei.

„Brot und Arbeit“

Arbeitslosenmarsch in Budapest

U. Budapest, 21. Januar. Am Mittwoch versammelten sich auf der Ringstraße etwa 400 Arbeitslose und begannen „Brot und Arbeit!“ zu rufen. Die Polizei trieb die Menge auseinander, die sich aber an einer anderen Stelle des Ringes wieder ansammelte. Die Polizei griff wieder ein und verhaftete eine große Anzahl der Kundgeber. Trotz der Maßnahmen der Polizei dauerten die Kundgebungen weiter an.

400 politische Gefangene im Hungerstreik

Die wachsende revolutionäre Bewegung in Litauen

Kowno, 21. Januar 1931 (eigener Bericht). Seit dem 15. Januar stehen reiflos alle politischen Gefangenen — über 400 — in allen Nordteilen des litauischen Faschismus im Hungerstreik. Das Zentralkomitee der Kowno Hilfe Lituanus appelliert in einem Aufruf an die Werktätigen der Welt, flammenden Protest gegen die unglücklichen Märtyrer an revolutionären Arbeitern in den litauischen Kerlern zu erheben. Ueber die Gründe, die die politischen Gefangenen Litauens zu diesem letzten Mittel ihres Kampfes gegen den faschistischen Justizterror haben greifen lassen, werden von der Kowno Hilfe folgende Angaben gemacht:

Die proletarischen politischen Gefangenen sitzen in unerträglicher Luft, zu 20 bis 30 in Zellen eingesperrt, die im Höchstenfall für 4 bis 6 Personen berechnet sind. Ohnmachtsanfälle, Infektionen sind an der Tagesordnung. Der Hungerzustand außerhalb der Zelle beträgt täglich nur eine halbe Stunde. Die Ernährung ist miserabel. Sie besteht lediglich aus 400 Gramm altem harten Brot und Kohl- oder Erbsensuppe. Von Wärmern durchsichtiges Fleisch wird nur gelegentlich schicklicher Feiertage gegeben.

In einem halben Jahre ist auch der körperlich stärkste Proletarier von diesem mörderischen Strafvollzug völlig ruiniert. Die Hälfte aller proletarischen politischen Gefangenen sind bereits an Tuberkulose schwer erkrankt. In den gemeinsamen Zellen infizieren die Kranken die noch Gesunden. Medizinische Hilfe gibt es nicht, es sei denn, daß politischer Vergehen wegen eingekerkert Arbeiter von Ärzten zur Erprobung neuer Operationsmethoden als Versuchskaninchen gebraucht werden.

Zu diesen unmenschlichen Verhältnissen gesellt sich der grausame Terror der Justizverwaltung. Die Gefangenen werden Viehlich mißhandelt. Im Zuchthaus Umerge z. B. wurden eingekerkerte revolutionäre Arbeiterinnen von faschistischen Sadisten nackt ausgezogen und bis zur Ohnmacht blutig geprügelt. Viele revolutionäre Arbeiter sind an den Folgen derartiger Zustände bereits gestorben.

Der neue verschärfte Justiz- und Zuchthausterror gegen alle revolutionären Arbeiter ist die Antwort des Faschismus auf den verstärkten Kampf der litauischen Arbeiter, die sich energig gegen die Bündnispolitik des litauischen und polnischen Faschismus, der sich gemeinlich zum Kriege gegen die Sowjetunion vorbereitet, wenden.

Die Zuchthausverwaltungen versuchen, den Hungerstreik unserer eingekerkerten litauischen Klassenbrüder im Blut zu erstickten. In Kowno wurden die politischen Gefangenen grausam mißhandelt, dem Genossen Maostas sämtliche Zähne eingeschlagen.

Der Hungerstreik geht weiter! Unterstützt diesen Kampf der proletarischen politischen Gefangenen Litauens. Sendet aus den Arbeiterversammlungen, Betrieben und Stempelstellen Protestresolutionen gegen die Henker des litauischen Proletariats und sendet sie an die Kowno Hilfe, Berlin, Dorotheenstr. 77/78 und an das litauische Generalkonsulat, Berlin. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen die weiße Bestie des faschistischen Terrors

Der neue verschärfte Justiz- und Zuchthausterror gegen alle revolutionären Arbeiter ist die Antwort des Faschismus auf den verstärkten Kampf der litauischen Arbeiter, die sich energig gegen die Bündnispolitik des litauischen und polnischen Faschismus, der sich gemeinlich zum Kriege gegen die Sowjetunion vorbereitet, wenden.

Die Zuchthausverwaltungen versuchen, den Hungerstreik unserer eingekerkerten litauischen Klassenbrüder im Blut zu erstickten. In Kowno wurden die politischen Gefangenen grausam mißhandelt, dem Genossen Maostas sämtliche Zähne eingeschlagen.

Der Hungerstreik geht weiter! Unterstützt diesen Kampf der proletarischen politischen Gefangenen Litauens. Sendet aus den Arbeiterversammlungen, Betrieben und Stempelstellen Protestresolutionen gegen die Henker des litauischen Proletariats und sendet sie an die Kowno Hilfe, Berlin, Dorotheenstr. 77/78 und an das litauische Generalkonsulat, Berlin. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen die weiße Bestie des faschistischen Terrors

15 Prozent Lohnabbau

CP, London, 20. Januar. Die Vorschläge der englischen Eisenbahngesellschaften für eine allgemeine Lohn- und Gehaltskürzung sind dem nationalen Lohnamt zugegangen. Die Einsparungen, die die Gesellschaften bei den Arbeiterlöhnen machen wollen, werden von ihnen auf 5 1/2 Millionen Pfund jährlich beziffert, während sie bei den Beamtengehältern entsprechende Einsparungen in Höhe von anderthalb Millionen Pfund vornehmen würden.

Die von den Gesellschaften geforderten Lohn- und Gehaltskürzungen gehen zum Teil über 15 Prozent hinaus. Außerdem sollen sie mit einer Verschlechterung der Arbeitszeit verbunden sein. Die Gewerkschaften haben gegen diese Vorschläge Protest eingereicht.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman von N. Tokunaga

Vertriebt durch Internationales Arbeiter-Verlag G. m. b. H. Berlin.

16. Fortsetzung.

Es war allen geläufig wie die Daten des Kalenders, daß der Finanzminister, der reiche Ojaka, Generaldirektor des großen Mitsubuchi-Konzerns, mit dem dicken, breiten Gesicht, dem schwarzen glänzenden Schnurrbart, sinkend nach der Schminke seiner Dienstmädchen und Freundinnen, mit den rüchellosen und verfallenen Jüngen, sein Geld in den Anlauf des Terrains für den Hafenbau gesteckt hatte. Dieser Generaldirektor und Finanzminister hatte vor einigen Wochen plötzlich (so dachten wenigstens die Massen derer, die nicht aufpassen verstanden) in allen großen Zeitungen Japans ein neues Wirtschaftsprogramm proklamiert.

„Die Vernachlässigung und Undurchsichtigkeit der Finanzen in den verschiedenen Handels- und Industriegesellschaften unserer Klein- und Mittelunternehmer nach dem Weltkrieg machten strengste Rationalisierung und Liquidation unumgänglich. Trotzdem schien das große Erdbeben in Tokio und Umgebung vom September 1923 den Mittel- und Kleinunternehmern noch einmal die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs zu geben. Diesen Zusammenbruch der Finanzen durch eine nachlässige und künstlich gehaltene Wirtschaftspolitik hat jetzt das Sejutar-Kabinett auszubaden. Das ließ die drohenden Gefahren immer schneller wachsen. Trotz der häufigen Warnungen unserer Kenjikai-Partei brachte diese gedankenlose Art des Wirtschaftens unserer Klein- und Mittelindustrie nur ein trauriges Moratorium.“

Unsere Regierung wird nicht nur durch die Finanzengpässe eine unserer drei großen Grundlinien ansteuern, um unsere traurige Finanzlage zur Gesundheit zu führen, sondern auch für die bankrotten Banken und ihre Despoten Richtlinien aufstellen.“

Die Kenjikai stützte sich auf die Industrie und den Handel in den Städten ganz Japans. Die Proklamation der Regierung mußte innerhalb dieser Partei große Erschütterungen hervorrufen.

Über diese Proklamation wurde schon nach einer Woche ein leeres Schredgespenst, weil das Kabinett zurücktreten mußte. Nach dieser Proklamation schien der Grund des Moratoriums letzten Endes die gedankenlose Vernachlässigung der Finanzgeschäfte der Mittel- und Kleinunternehmer zu sein.

„Macht keinen Quatsch!“ sagte Otsuo, der lustig seinen Mantel über die Schulter gelegt hatte.

Im Zimmer waren fünf Männer, der junge Tomijian, der für die Streikleitung Kurierdienste tat, hatte eben eine Extraausgabe von draußen hereingebracht.

„Was soll das bedeuten?“ fragte der nette, intelligent aussehende Junge eifrig. Er war Schriftsetzer.

„Die prinzipielle Schuld trägt natürlich das Großkapital. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen. Den ersten Stoß gab die Krise in Handel und Industrie, das heißt die Ueberproduktion, und die unmittelbare Ursache des katastrophalen Bankrotts war, daß die Großen ihren Beutel zusperrten“, erklärte Otsuo, das Extrablatt auf den überreinandergeklagten Beinen. Dieser Mann mit dem vollen, fast weiblichen Gesicht und der hohen Stimme war einer der tapfersten Kämpfer in der Leitung des Gewerkschaftsrates der Proping-Kanto.

Es war so still im Zimmer, daß man hätte glauben können, es sei schon spät am Abend. Das Zimmer lag in der ersten Etage, ein Kellamenschild des Restaurants verdeckte das Fenster gegen die Straße hin, auf der die elektrischen Bahnen vorbeiratterten. Gegenüber dem Fenster war in der Wand ein schmaler Durchlaß. Durch einen kleinen Eingang kam man vom Zimmer über eine schmale Treppe und durch die Hintertür des Restaurants ganz unerwartet auf einen alten Friedhof mit einem Buddha-Tempel, durch eine andere kleine Pfortür konnte man in ein kleines Zimmer des im Erdgeschoß liegenden Restaurants gelangen.

Wollte man hierher, war es geboten, sich an der Mauer des Friedhofes oder beim Eingang des Restaurants des älteren anzusehen, ob einem niemand auf der Spur sei; deshalb wurde auch in dieser Kammer nur leise gesprochen. Von der Existenz dieses Zimmers wußten überhaupt nur ganz zuverlässige Leute.

Kasai und Watamasa saßen sich an einem kleinen Tisch gegenüber und zeichneten ungeschickt an einer Landkarte.

„Sag mal, wer wird deiner Meinung nach das nächste Kabinett bilden?“ fragte Otsuo plötzlich Watamasa.

„Ja, das wäre zu überlegen.“

Watamasa hob den Kopf und sah den andern an. Er mochte an die dreißig sein, hatte ein spitzes, vorgeschobenes Kinn, einen gestutzten Schnurrbart und war sehr mager. Tiefe Falten in der Stirn machten ihn älter als er war, aber alle seine Bewegungen verrieten rüchellosste Energie. Er trug japanische Kleider mit schmalen Ärmeln.

„Ich denke Sibirien...“

„Du also auch?“

Die Person, die in ihrem Kresse den Spitznamen „Sibirien“ trug, war natürlich General Tanaka, der Vorkämpfer der Sejutarpartei, der, wie jedermann wußte, die Verantwortung für die Militärrepression nach Sibirien trug und Mittelpunkt der Korruptionsaffäre in der Armee war.

„Ich denke auch“, hob Kasai — scherzhaft „der lange Frühlingstag“ genannt — seinen langen Oberlippen vom Tisch auf. Seit Beginn des Streiks der Daldo-Drucker hatte noch niemand von den Streikenden dieses Dreigestirns in der Leitung des Gewerkschaftsrates auch nur auf einen Augenblick zu Gesicht bekommen.

Ueber einen Monat lebten sie schon in dieser kleinen Kammer im Verwaltungsbezirk Kojihikawa. Nur sehr wenige wußten davon, und man warf ihnen bereits vor, ihrer Sache untreu geworden zu sein.

„Wenn es Sibirien wird, dann gibts was“, drammte Watamasa und beugte sich wieder über seine Karte.

„Ha, ha.“ Otsuo lachte grimmig, wie immer, wenn er auf einen besonders gefährlichen Gegner traf.

In diesem Augenblick klopfte es an die Tür — dreimal, das verabredete Geheimzeichen.

„Fortsetzung folgt!“

© Politpartei, vol. Kowest.

Rund um den Erdball

Goldmacher Tausend verspricht neue Enthüllungen

Goldgutscheine gaben wir für Bargeld

Nationale Firma Küchenmeister um den letzten Hofenträger gepresst — Betrugsanschlag auf Arbeitslose

Der dritte Tag

München, 21. Januar. Der Eindruck, daß Franz Tausend, der ehemalige Spenglergehilfe mit dem hemmungslosen Gefühlspleen, erst durch die Goldgüter des Generalgoldmarchalls Ludendorff und der anderen nationalen und reaktionären „Wirtschaftsführer“ zum Betrüger wurde, verstärkt sich immer mehr. Der dritte Verhandlungstag wurde ebenfalls noch völlig von Tausends Bernehmung ausgefüllt.

Nach der Erklärung des Angeklagten wurde der Sitz der „Studiengesellschaft Tausend“ im Frühjahr 1927 in die Fabrik der vom Kathena-Word her bekannten Familie Küchenmeister verlegt. Angeblich, weil in dieser Gegend Erze gefördert wurden, in Wirklichkeit aber hatten die Küchenmeister bereits ihr gesamtes Vermögen für die nationale Alchimisterei geopfert. Sie mußten also wieder saniert werden. Wörtlich sagte Tausend: „Sie hatten keinen Hofenträger mehr!“ Küchenmeisters Firma wurde also kurz vor der Zwangsversteigerung für einige Hunderttausend Mark durch die Studiengesellschaft Tausend erworben.

Tausend, ein braver Soldat

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt der Vorsitzende auf ein Experiment zu sprechen, das am 27. Mai 1927 ausgeführt wurde und bei dem aus 29 Gramm Metall angeblich 20 Gramm Gold gewonnen worden sein soll.

Tausend: „Was heißt hier Gold? Von Gold reden immer nur die Laien, das war nur gut vorbereitetes Metall.“

Vorsitzender: „Weshalb haben Sie eigentlich nicht auf eigene Rechnung Gold gemacht?“

Tausend: „Was sollte ich tun? Ich war Soldat, Infanterist, Landwehrmann, und siehe plötzlich einem General gegenüber.“

Jeder sein eigener Goldmacher

Weber den Verbleib verschiedener Depots verweigert der Angeklagte Tausend entschieden die Aussage. Doch bleibt er dabei, aus 750 Gramm Blei 725 Gramm Gold herstellen zu können. Danach gibt der Betrüger einen Plan bekannt, der, wenn er ausgeführt worden wäre, die Vermögen der Armen, nämlich die Arbeitslosen, geschädigt hätte. Tausend hatte nämlich die Absicht, durch Verleihung kleiner Goldmacher-Apparate Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, in ihrer Wohnung das Gold selbst herzustellen. Zweifelloser wären auf diese Parole: „Jeder sein eigener Goldmacher!“ zahlreiche Leichtgläubige hereingefallen.

Wie Nazi-Buckelen sich gesund machte?

Bei der Vernehmung des Angeklagten über einzelne Betrugsfälle gibt Tausend zu, sogenannte Gold-Gutscheine für gezahlte Darlehen ausgegeben zu haben.

Vorsitzender: „Die Scheine waren doch ganz ohne Deckung.“

Tausend: „Das war doch ganz gleichgültig, meine Gutscheine waren mindestens mehr wert, als die alten 1000-Mark-Scheine.“

Vorsitzender: „Warum haben Sie dann die Goldscheine nicht zurückgefordert?“

Tausend: „Ach, das waren doch nur Kleinigkeiten.“ Dem Nazi-Rechtsanwalt Dr. Buckelen, der bekanntlich vor diesem Prozeß und seiner Blamage ins Ausland geflüchtet ist, beloh für etwa 80 000 Mark Goldgutscheine. Wie Tausend aber behauptet, habe er dafür keinen Pfennig eingezahlt. Andererseits aber hat es diese Zierde aus dem „Dritten Reich“ verstant.

Die Benediktenwand



Unser Bild zeigt den Schauplatz der an anderer Stelle dieser Seite geschilderten Lawinen-Katastrophe bei Bad Tölz im Karwendelgebirge.

den, diese für „naß“ erworbenen Anteile mit 90 000 Mark in bar an eine Wiener Interessengruppe zu verschachern.

Der fehlte noch

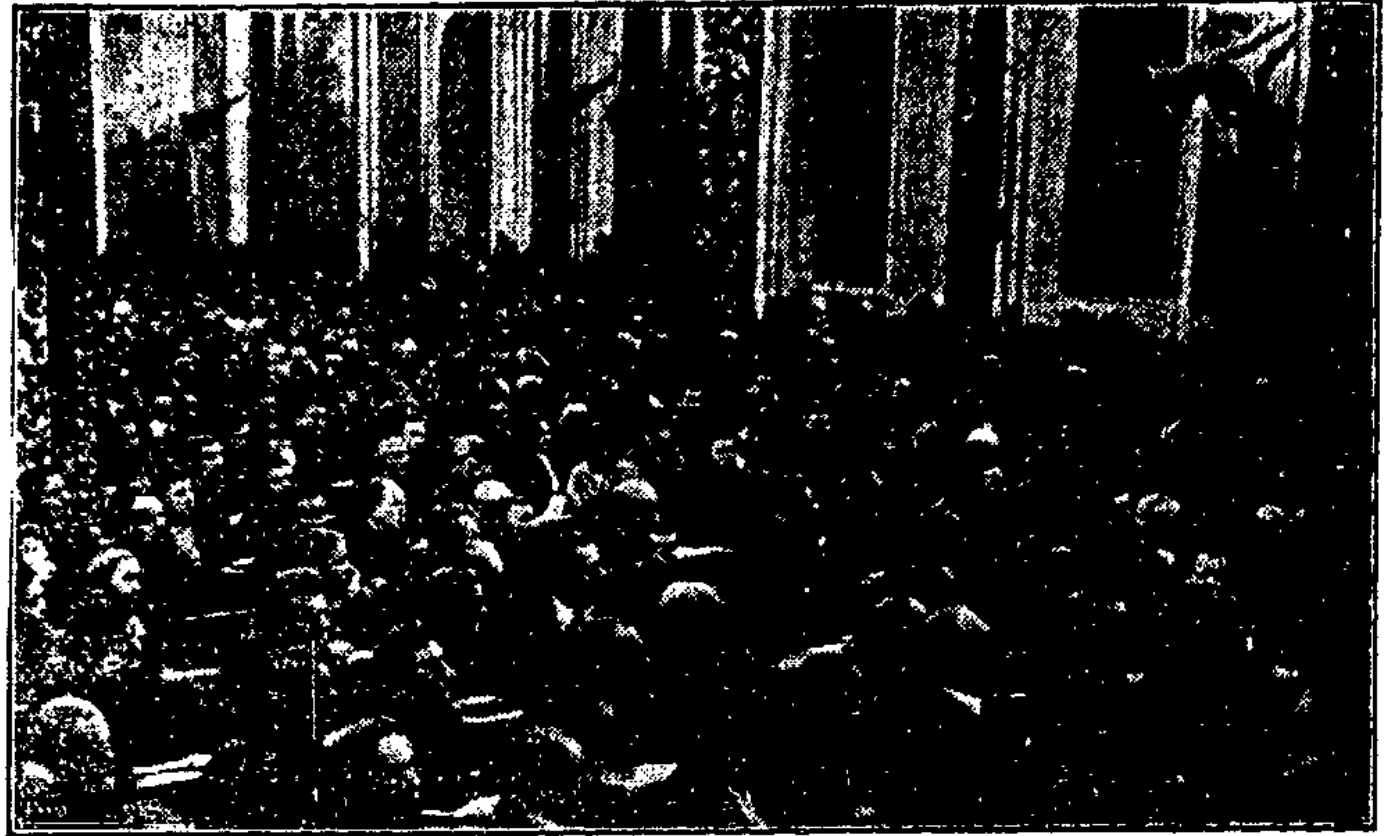
Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Tausend zu, den Wauener Fabrikbesitzer, Herbert Meinhold, natürlich auch eine nationale Leuchte, 300 000 bis 320 000 Mark „schuldig“ zu sein. Fröh Küchenmeister lernte Tausend durch Reinhardt kennen.

Durch Fröh Küchenmeister kam Tausend in nähere Beziehung zu den Deutschländerneuerern um den „Völkischen Kurier“ und hier — der hat auch gerade noch gefehlt — lernte er auch

Nazi-Fröh aus Thüringen und andere kennen. Zum Schluß klagte Tausend seinen General Ludendorff an, durch dessen Rücktritt von der Gesellschaft in arge Bedrängnis geraten zu sein. Während gemordet erklärte er: „Es werden noch ganz andere Einzelheiten zur Sprache kommen, wenn erst die Zeugen aufmarschieren.“

Auf die angekündigten Enthüllungen Tausends kann man natürlich äußerst gespannt sein. Werden sie doch aller Voraussicht nach ebenso glänzend, wie das bisherige Material geeignet sein, die ganze Idiotie der Leute um Ludendorff und Hitler anzuprangern.

Allrussischer Rätekongreß 1931



AIZ. heute neu!

Unser Bild, das wir der neuen Nummer der Arbeiter-Illustrierten entnehmen, zeigt die Delegierten des Allrussischen Rätekongresses 1931 während einer großen Rede Molotows. Wer über die grandiose Entwicklung des sowjetrussischen Rundfunks unterrichtet sein will, der kaufe und lese die soeben zur Ausgabe der reichillustrierten Nummer der AIZ.

Sieben Tote bei einem Lawinenunglück

Nach nächtlicher Rettungsarbeit als Leichen geborgen

Bad Tölz, 21. Januar. Die am Dienstag nachmittag an der Benediktenwand im Bayerischen Karwendelgebirge von einer plötzlich herniederstürzenden Lawine verschütteten Staläuser, sieben bayerische Landespolizisten, wurden am Mittwoch morgen nach angestrengtester Rettungsarbeit, als Leichen geborgen.

Die insgesamt 100 Mann starke Rettungsexpedition stand unter Leitung eines der Geretteten. Ein Landespolizist, der schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch vormittag nach Benediktenbeuren ins Krankenhaus geschafft. Die 7 Leichen, die äußerlich wenig Verletzungen aufwiesen, wurden nach Lenggring transportiert. Sämtliche verunglückten Staläuser sind in den Schneemassen erstickt.

Blutige Profitverteilung

Ein Aktionär schießt den andern nieder

Brüssel, 21. Januar. Blutige Szenen über die Verteilung der aus Arbeiterknospen erpöckten Gewinne spielten sich bei der Sitzung des Verwaltungsrates einer Chemischen Fabrik in Florenne während einer Aufsichtsratsitzung ab.

Bei der Aussprache über die Ernennung eines Aufsichtsratsmitgliedes und die darauf folgende Erziehung für den ausscheidenden Direktor Lauby geriet dieser derartig in Wut, daß er einen Revolver zog und mehrere Schüsse auf die anderen Aktionäre abgab. Der Generalvertreter der Eisenhütten-Gesellschaft „La Providence“, Delobbe, wurde auf der Stelle getötet. Ein anderes Aufsichtsratsmitglied schwer verwundet. Darauf brachte sich Lauby selbst eine schwere Verletzung bei.

Chemische Fabrik in Flammen

In der Nacht zum Mittwoch brannte in Harburg-Wilhelmsburg ein großer Fabrikshuppen der Chemischen Werke von Günther, Brauer und Co. vollkommen nieder. In dem Gebäude befanden sich außer einer Natrium-Sulfid-Anlage eine Soda- und Gerbstoff-Extraktions-Anlage. Durch starken Funkenflug waren auch die beiden entfernt liegenden Anlagen der Hamburger Wollkämmerei gefährdet. Trotzdem die Fabrikationsanlage dieser Firma seit längerer Zeit aus feuerpolizeilichen Gründen beanstandet war, wurde lustig weiter mit dem Leben der dort beschäftigten Arbeiter gespielt.

Prügelei um den Schandparagrafen 218

Nachdem eine polnische Arbeiterin am Montagmorgen in einem Prozeß vor dem Schöffengericht Lichtenberg von der Anklage des Verstoßes gegen den Schandparagrafen 218 freigesprochen worden war, kam es auf dem Gerichtsterritor zu einer schweren Schlägerei zwischen den Zeugen und der Angeklagten. Ein Zeuge wurde schwer verletzt.

Schlimmstes Mittelalter

Die Londoner Teufelsanbeter treiben es immer toller

In der Londoner „Morning-Post“ jammert ein angesehenes englischer Wissenschaftler, daß in London, also in der Residenz des famosen Sozialdemokraten Macdonald, die sogenannten „Teufelsanbeter“ ihren mittelalterlichen Anflug immer schamloser betreiben. Wörtlich sagt dieser Mann:

„Schwarze Magie, Zauberei und Hexerei werden im London von heute in einem Maße ausübt mit einer im Mittelalter nicht erträumten Freiheit; Professoren und Leiter dieser Kulte, zumeist Ausländer, machen von denselben Formeln und Beschwörungen Gebrauch wie die mittelalterlichen Nekromanten; die Kulte erfreuen sich zunehmenden Interesses in solchem Maße, daß sie bald eine ernste Bedrohung der Moral und Gesundheit der Nation darstellen werden; Alchimie, Astrologie und andere niedere Formen der Magie verschaffen einer Anzahl Männer und Frauen ein gutes Leben, die auf Kosten der Glaubhaftigkeit ihrer Klienten Bauh treiben; Celebranten der schwarzen Messe und der Teufelsanbeter, treiben ihr Wesen ohne jedes Risiko, da es kein Gesetz gegen sie gibt.“

Wie man sieht, hat dieser wohlmeinende Wissenschaftler noch die Illusion, daß man mit Hilfe von Paragrafen den irdischen Muff des Mittelalters auslegen könnte. Der Mann will und kann einfach nicht begreifen, daß Alchimie, Astrologie und andere „niedere Formen der Magie“ ganz zwangsläufig auf dem verfaulenden Boden der kapitalistischen Produktionsweise wuchern. Also nicht mit Gesetzen schafft man diesen Anflug aus der Welt, sondern nur durch die Liquidierung des Kapitalismus. Nur im Sozialismus, das lehrt uns das russische Beispiel, werden die Teufelsanbeter, die Kulte-Propheten und andere Groß- und Kleinfabrikanten von Opium verschwinden.

Abgewiesener erschießt Geliebte und Mutter

In St. Etienne in Frankreich schoß ein 21-jähriger Bankangestellter seine 15-jährige Freundin und ihre Mutter nieder. Während die Mutter sofort tot war, liegt das Mädchen zurzeit noch im Sterben. Der Grund zu diesem Doppelmord ist in der entschiedenen Weigerung der Mutter zu suchen, die ihr Kind nicht dem jungen Mann zur Frau geben wollte.

Erdbeben auf Java

Nach einer Meldung aus London wurde in Mittel-Java durch sieben Erdstöße riesiger Sachschaden angerichtet. Allein in dem Dorf Propoed wurden durch Einsturz eines Fabrikshornsteins 6 Personen getötet.

Drei Kinder bei einem Brand erstickt

Während am Montag ein Bergmannshepaar aus Dieleberg bei Saarbrücken Verwandte besuchten, sind ihm drei Kinder bei einem Brande in der Wohnung erstickt. Die Frau hatte das 7 Jahre alte und die 5 und 4 Jahre alten Tungen in dem neben der Küche gelegenen Schlafzimmer zu Bett gebracht. Während der vierstündigen Abwesenheit der Eltern mußten wahrscheinlich die am Küchenherd hängenden Tücher Feuer gefangen haben.

Breslau

Wieder trübe Hoffnungen

Durch die Breslauer Tagespresse geht folgende Meldung: Ministerialdirektor Dr. von Leyden vom preussischen Ministerium des Innern hat mit dem Regierungspräsidenten und Vertretern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine Besprechung abgehalten. Gegenstand dieser Besprechung waren nicht Einzelheiten des städtischen Haushalts und spezielle Vorschläge, sondern die Erörterung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage, über die dem Vertreter des Ministers die Ansichten der städtischen Verwaltung zum Ausdruck gebracht wurden.

An diese Mitteilungen werden Hoffnungen geknüpft, daß die Mietsätze nicht gekürzt werden, daß die Miete nicht erhöht wird usw.

Die Schreiber wissen, daß diese Hoffnungen nicht erfüllt werden. Sie schreiben dennoch — um Illusionen in den Köpfen der merkantilen Bevölkerung zu wecken, um die Werkstätten vom Kampf abzuhalten . . .

Samt, welche Steuerermäßigkeiten hat der Breslauer Magistrat? Die Reichen zu belasten, Mietsengebäude abzubauen — das tut er nicht. Deshalb bleibt ihm nur das andere übrig — auf die eine oder andere Weise die Armen und Minderbemittelten noch mehr als bisher zu drücken — das geht, solange sich die Gebrüder nicht gefallen lassen.

Gutbesuchte Frauenversammlung in Scheitnig

Die Frauenversammlung in Scheitnig war ein glänzender Erfolg. Das Referat des Genossen Preiß wurde mit Beifall aufgenommen. Das Ergebnis waren sechs Aufnahmen für die rote Hilfe, sechs für den Kampfband gegen den Faschismus und eine für die Partei, ein Zeichen, daß auch die Frauen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft erkennen und mit vereinten Kräften gegen den Faschismus zu kämpfen.

Frauen im Ohlauer Tor

Am Freitag, dem 23. Januar, 20 Uhr, Frauenversammlung Ohlauer Tor, bei Zoublik, Königsgräber Straße. Frauen des Ohlauer-Torviertels, erschienen zahlreich.

Und wieder Herr Papendorf

A. R. Es ist bereits des öfteren über den Geheimmeister Papendorf geschrieben worden, doch er vergißt das immer wieder. Insbesondere wenn Herr Papendorf mit einer weiteren Resonanz arbeitet, die ihm nicht direkt unterstellt ist, möchte er gern die Rolle eines Oberleiters spielen. Gemäß, es ist nicht Kollegen, die dem Herrn Meister Blumen und sonstiges Zeug mitbringen. Dafür brauchen sich die Betroffenen nicht getroffen zu fühlen, wenn es mit „sanften Worten“ geht. Die aufrechten Kollegen können es ab, Kräftemethoden anzuwenden. Hoffentlich wird auch Papendorf einmal bereuen, wie er mit Menschen umzugehen hat. Wenn er der Aufmerksamkeit ist, daß die Kollegen aus Furcht vor Demunziantentum sich fürchten werden, einen Schluß warum? Nasses während der kalten Tage zu sich zu nehmen, so täuscht er sich. Sollen die Kollegen etwa in die Gastwirtschaft gehen? Dazu haben sie kein Geld. Auch wollen sie Papendorf keine Gelegenheit geben, eine Meldung zu schreiben. Für heute wollen wir es genug sein lassen. Nun zerbricht „man“ sich den Kopf darüber, wer der Verfasser des Artikels sein könnte.

Besucht den Diskussionsabend!

Am heutigen Donnerstag findet bei Zoublik, Königsgräber Straße 10, ein Diskussionsabend mit SPD-Kollegen statt. Es spricht Genosse Walter Müller. Genossen, bringt recht viele sozialdemokratische Kollegen in die Diskussionsabende. Schmiedet die rote Einheitsfront!

Gewerkschaftshaus-Kino. „Pat und Patachon als Kannibalen.“ Winterzauber im Riesengebirge. — Die heutige Wirtschaftslage zwingt den arbeitenden Menschen aus zur Einstellung seiner Ausgaben für kleine Wandersfahrten. Großen Beifall

„Freier Radiobund“ in Breslau

Die proletarische Einheitsfront gegen bürgerliche Funkmacherschaften geschlossen

Am Dienstag fand unter regem Besuch der proletarischen Rundfunkhörererschaft im „Orben Löwen“, Oberstraße, eine vom „Freien Radiobund“ einberufene Gründungsversammlung einer Breslauer Ortsgruppe dieser proletarischen Organisation statt. Genosse Peter Gall führte in seinem Referat aus, wie notwendig die Gründung einer Ortsgruppe des „FRB.“ gerade in Breslau sei, da der

Kurs des „Arbeiter-Radiobundes“ in letzter Zeit immer reaktionärer und die Macherschaften der bürgerlichen Führerschaft des „Arbu“ immer arbeiterfeindlicheren Charakter annähmen.

Im Zusammenhang mit dieser Feststellung ging der Redner auf die am Abend vorher stattgefundene Generalversammlung des „Arbeiter-Radiobundes“ ein, auf der man ebenfalls über die inzwischen auch dort bekanntgewordenen Gründungsabsichten einer Ortsgruppe des „FRB.“ diskutierte. Die Ansichten, die die Gauleitung des „ARB.“ zum „FRB.“ einnahm, sind ein Meisterstück sozialdemokratischer Demagogie; man behauptete dort fest, daß der „FRB.“ und der „ARB.“ doch letzten Endes die gleichen Ziele hätten, nämlich den Kampf gegen die Kulturreaktion im Rundfunk. Und im übrigen kämen die Mitglieder, die zum „Freien Radiobund“ gingen, sowieso nicht in die sozialdemokratische Organisation. Man müsse also den Gründungsabsichten begreifen. Doch muß man die Hintergründe kennen, die die Führerschaft des „ARB.“ dazu bewegten, derartige Äußerungen zu tun. Hätte man während der Generalversammlung nur ein Wort gegen die einzig revolutionäre Rundfunkhörerorganisation, den „FRB.“, gesagt, so wären die letzten Mitglieder des „ARB.“ aufgestanden und hätten diese gesinnungslose Organisation verlassen. Inwiefern die Gemeinlichkeit der Ziele der beiden Organisationen zutrifft, brauche man nicht zu beantworten, da man die Früchte, die der Kampf der sozialdemokratischen Organisation gegen die Kulturreaktion gezeitigt habe, kenne.

Spaltungsstatut im ZVD. angenommen

Energischer Protest der Opposition — Kämpft gegen die Verbürgerlichung des Arbeiterportales!

Am Sonntag fand die Generalmitgliederversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ statt. Nach stundenlangem Ver-einsmeierei behandelte der Vorstand die neuen Statuten. Man erfuhr daraus, daß zum Beispiel die Ortsgruppenleitung Mitglieder ausschließen kann, daß die Reichsleitung ganze Gauen und Ortsgruppen ausschließen kann, kurz und gut, die proletarische Demokratie geht vor die Hunde, und die Mitglieder haben gar nichts mehr zu sagen. Genosse Kuhlau rief den Reformisten die Maske vom Gesicht, indem er feststellte, daß die neuen Statuten gegen die Opposition gerichtet sind, daß die Kommunisten nur noch Mitglieder zweiter Klasse werden sollen, und daß die Reichsleitung, in der der katholische „Sozialist“ Schred sitzt, aus dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ einen SPD-Laden machen will. Verschiedene Vorschläge wurden nun ihrer Kommissarische freien Lauf. Genosse Hans Ehlers sprach über die Naturfreundehäuser und kritisierte die Reichsleitung, da diese kommunistisch eingestellten Ortsgruppen die von den Mitgliedern aufgedauten Schutzhäuser entzieht. Ein SPD-Bonze, der die SPD-Mitglieder als „Palunken“ bezeichnete, wurde energisch in seine Schranken gewiesen. Genosse Kuhlau stellte folgenden Antrag:

„Die Mitgliederversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ Breslau protestiert gegen das Vorgehen der Reichsleitung, indem dieselbe ganze Gauen wie Rheinland, Bergisch-Land, Ortsgruppen wie Düsseldorf, Barmen, Köln, Chemnitz, Limbach und unzählige andere Ortsgruppen ausschließt und den Touristenverein „Die Naturfreunde“ um jahrzehntelange Aufbauarbeit zurückwirft und da-

durch eine Spaltung der Arbeiterbewegung hervorruft. Die Breslauer Generalversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ verlangt die sofortige Wiederaufnahme der über 10 000 (zehntausend) ausgeschlossenen revolutionären Naturfreunde in den Touristenverein „Die Naturfreunde“, um die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu wahren.“

Dieser Antrag wurde gegen 12 Stimmen bei starker Stimmenthaltung abgelehnt. Der erste Vorsitzende Theinert wollte überhaupt nicht abstimmen lassen. Die Diskussionsstatuten wurden gegen die Stimmen der Opposition wiederum bei starker Stimmenthaltung angenommen. Unter den Arbeitberichten konnte man feststellen, daß unsere Genossen in ihren einzelnen Sektionen mit die beste Arbeit geleistet hatten. (Genosse Schwarz als Hüterwart, die Genossen Behold und Krieg in der Photosektion.) Unter Punkt „Wahlen“ wurde der alte Vorstand wiedergewählt, darunter unser Genosse Behold als zweiter Vorsitzender, die Genossen Krieg, Behold und Schwarz als Delegierte ins Arbeiterportalkomitee, Genosse Kuhlau als Ersatzdelegierter.

Zum erstenmal ist die Opposition im Touristenverein „Die Naturfreunde“ auf den Plan getreten, jetzt noch klein, aber wir werden stärker, wir werden dafür eintreten, daß der Gedanke des Klassenkampfes, der roten Sporteinheit und der Wiederaufnahme unserer ausgeschlossenen Genossen im Touristenverein „Die Naturfreunde“ immer stärker wird. Genossen, unterstützt unseren Kampf, werdet Mitglied des Touristenvereins „Die Naturfreunde“! Heran an die Arbeit!

Oberschlesische Flüchtlinge fordern Hilfe

Wer nicht bedürftig ist — dem wird geholfen werden

Am Sonntag fand im Wenzelshaus eine öffentliche Protestversammlung der Breslauer Flüchtlings- und Verdrängtengruppe der ZVD. statt. Die Versammlung wurde von Rechtsanwalt Doktor Friedländer eröffnet, der in seiner Einleitungsrede nur so von deutschem und nationalem Empfinden sprach. Wie das Nationalempfinden dieses Herrn aussieht, zeigt am besten der Fall: Als ein arbeitsloser Oberschlesier an Herrn Dr. Friedländer heran-ging, ob er nicht umsonst in den Saal könnte (Eintritt kam 30 Pf., angeblich für Steuer), lagte er bloß, er kann nichts machen, und ließ den Kumpel einfach stehen. Der Referent Kolodziej führte unter anderem aus, daß die Regierung bis jetzt wenig oder gar nichts für die Flüchtlinge getan hätte. Es wären noch etwa 60 Millionen von dem Fonds übrig, aber es ginge nicht, in der schweren Zeit etwas von der Regierung zu verlangen, denn es müßte gespart werden. Auch verlas er den Brief eines Oberschlesiers, der sich in seiner Not an den Verein gewandt hatte. Wie aber dem Kumpel aus dem Glend geholfen werden könnte, vergaß er zu sagen. Er ererbte bloß den Fall mit den Worten: So geht es den Flüchtlingen! Der Referent

führte dann noch einige Paragraphen des Kriegsschadensschlichtungsgesetzes an. Ein Teil des anwesenden Publikums war von den Ausführungen nicht sehr erbaunt, denn sie sind genau so schlau herausgelommen, wie sie hereinlanten. Das scheint wohl Herr Dr. Friedländer gemeint zu haben, denn er ließ keine Aussprache zu. Es kam dann eine Resolution zur Verlesung, in der endlich eine Hilfe für die Flüchtlinge verlangt wurde. Ihre ganze Hoffnung setzten die leitenden Herren auf den neuen Reichstagsausschuß für Flüchtlinge. Während dem Schlußwort des Versammlungsleiters verließ schon ein Teil der Besucher den Saal, denn jetzt kam das Schöne der Versammlung: Sie wurde mit dem Deutschlandliede geschlossen!

Oberschlesische Flüchtlinge, nicht durch das Deutschlandlied, nicht durch Resolutionen und Versprechungen werdet ihr aus dem Glend herauskommen! Kämpft mit der revolutionären Arbeiterschaft, kämpft mit der SPD. für eure Befreiung. Verfolgt die Reichstagsitzungen und seht darauf, wer für euch Flüchtlinge kämpft

wird deshalb ein Film aus dem Riesengebirge finden, der in seinen Bildern den Winterzauber im Reiche Rubezahl festgehalten hat. Sixberg, Bad Warmbrunn, Hermsdorf, Anquetendorf, Oberschreiber-haus mit Kachelsaal und Zadenal, mit den Koch- und Kuchendsteinen ersticht vor den Augen des Zuschauers; im Film erlebt man einen Schneesturm auf dem Kamme, und der Schlitten entfährt den Zuschauer nach den Schneegruben, dem Spindlerpech, nach Spindler-mühle, dem Eisberkan, nach dem Reisträger, nach der Kleinen und großen Sturmhaube. Pat und Patachon als Kannibalen hat die beiden komischen Filmhelden als filmischer Mittelpunkt. Auf der Bühne werden diesmal bei der Fährfahr-Vorstellung Kinder und bei der Abend-Vorstellung Erwachsene mit einem Wandspinnweben erfreuen. Die Eintrittspreise sind wie immer niedrig, von 25 Pfg. an.

Marxistische Arbeiterschule. Heute um 20 Uhr im „Zentralball-saal“, Westendstraße 52, beginnt der Kurs „Die politischen Grund-lagen des Marxismus“. Alle Genossen, die im Weg der Karten für den Kurs „Imperialismus“ sind, nehmen an diesem teil. Mittwoch, den 28. Januar, beginnt der Stenographiekurs. Hierzu können sich noch Teilnehmer melden!

Der Agitationsbezirk der roten Fußballer tagt ab Montag, dem 26. Januar, jede Woche in Barthels Bierstuben, Lange Gasse 47. Gäste sind willkommen.

Sportvereinigung Nordost 03 E. R. Mittwoch, den 28. Januar, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung aller Abteilungs-Funktionäre bei Martin Zoublik, Mollwitzer Straße 11. Freitag, den 23. Januar, Turnhalle Waterloostraße, Mannschaftskampf im Ringen, Obertor gegen Ohlauer-Tor. Freundschaft und Gäste des Arbeiterportales gern gesehen. Eintritt frei. Beginn 20 Uhr.

Kraftsportvereinigung West 1921. Freitag außerordentliche Mit-gliederversammlung bei Ludwig, Bärentstraße 13 (Vereinslokal.) — Sonnabend, den 7. Februar, großer Maskenball, veranstaltet von der Kraftsportvereinigung West 1921, im „Surgarten“, Frankfurter Straße 203.

1. Bezirk des Arbeiter-Athleten-Bundes. Morgen, Freitag, 19.30 Uhr, Bezirksvorstandssitzung, bei Wetzig. Sämtliche Vereins-leiter müssen erscheinen. Ebenso muß jeder Verein drei Mitglieds-listen mit Vor- und Zunamen, Geburtsort, Wohnort und Eintritts-datum einbringen.

NSB. Dynamo. Freitag, 20 Uhr, bei Schmieder, Uferstraße: Ge-neral-Mitgliederversammlung. Alle Sportler Scheitnigs sind ein-geladen. Gäste willkommen!

Briefkasten

„Jungspartaklub in Trebnitz“ — „20 NSB-Pioniere halten? Nazis im Schach“. — Den Verfasser dieser Berichte bitten wir dringend, in der Redaktion vorzusprechen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schmeidler, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Bollweder, M. B. L., Breslau. — Für Internat-Karl Gansdorf, Breslau.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Arbeiter-Kino, Margaretenstr. 17
Nur Heute und Morgen, 5 und 8 Uhr:
Kinder haben Zutritt!

Pat und Patachon als Kannibalen

Auf der Bühne: Mandolinen-Konzert
Winterzauber im Reiche Rubezahl

Erwerbslose, Kinder bis 5.30 Uhr 25 Pfg. Besucherkreis-Mit-glieder 5 Pfg., andere 70 Pfg. Partei-, Gewerkschafts-, Volks-bühnen-Mitglieder können jederzeit Besucherkreis-Mittel werden

In Deutschland gibt es etwa 3 1/2 Millionen Rundfunkhörer. Von dieser Zahl sind etwa 3 Millionen Werktätige, keine Angehörige, keine Beamte und Arbeiter, Erwerbslose, abzurechnen, so daß nur eine geringe Minderzahl bürgerlicher Hörer vorhanden bleibt. Aber für diese Minderzahl von Bürgern, Kapitalisten und Intellektuellen nur arbeiten die bürgerlichen Sendegesellschaften. Für den Proleten hat der Rundfunk in Deutschland nichts übrig. Aber die arbeitende Klasse bringt allmonatlich den Sendegesellschaften 6 Millionen Mark bares an. Ein Teil des anwesenden Publikums war von den Ausführungen Hörer an den Rundfunk.

Der „FRB.“ fordert eine Proletarisierung des Rundfunks, fordert, daß der „Zia“ (Interessengemeinschaft für Arbeiter-kultur) in regelmäßiger Folge Sendestunden überlassen werden, ferner regelmäßige Moskauerübertragungen.

In der anschließenden Diskussion sprachen die Sprecher ihre völlige Solidarität mit den Plänen des „FRB.“ aus, und diskutierten nochmals über die Vorfälle im „ARB.“. Die anwesenden Mitglieder des „ARB.“ erklärten ihren Beitritt in die proletarische Rundfunkorganisation und versprachen, dafür zu werden, daß die noch im „ARB.“ sitzenden Gesinnungsfreunde die arbeiterfeindlichen Organisation den Rücken drehen würden. Es wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gewählt. Alle der zahlreichen Anwesenden erklärten ihren Beitritt in den Bund. Ebenfalls wurde eine Anzahl neuer „Arbeiterkämpfer“-Leier geworben. Die erste Veranstaltung des Freien Radiobundes war ein voller Erfolg, der alle Erwartungen übertraf. Die zahlenmäßig starke Ortsgruppe kann jederzeit mit dem „ARB.“ noch der Mitgliederzahl konkurrieren. In den nächsten Tagen wird der Bund in Verbindung mit einem Aktionsprogramm hervortreten.

Werttätige Rundfunkhörer! Helft die Einheitsfront gegen den bürgerlichen Funk härten!

Waldenburger Bergland

Auch ein feiner Mann

Der Steiger Drongli wurde vor vierzehn Tagen von der Gutsgrube auf die Davidsgrube versetzt. Man kann aber schon allerhand Klagen über ihn hören, daß er seine Antreibermethoden von der Gustavgrube schon bei den Kumpeln auf der Davidsgrube angewendet. Kameraden, seid gegen auf der Gustavgrube waren: „Auch gehört nicht mehr wie die Heiligkeit auf die Klippen und mit dem Steilein in die Presse treten.“ „Auch werde ich die Feiertage und den Knochen heraufstreifen.“ oder „Sie alte verfluchte Großmutter, Sie werde ich lebendig machen.“ — Kameraden! Seid auf der Dult jetzt mit ihr, was ihr für eine vornehme Persönlichkeit in eurer Nähe habt. Für seine Kränklichkeit hat er voriges Jahr bereits mit Arbeiterkassen Bekanntheit machen müssen. Falls notwendig, werden wir diesen Herrn in der Öffentlichkeit weiter beleuchten.

Arbeiter-Photographen! Nächste Gruppenversammlung Sonntag, den 25. Januar, 9 Uhr, im „Kurpark“, Neu-Waldenburg. Freunde der Bewegung können sich daselbst Auskunft holen.

Weißstein

Rosenjammer in der P.V.-Zahlstellenversammlung Weißstein

In Ergänzung zu dem gestern im politischen Teil veröffentlichten Bericht über die P.V.-Zahlstellenversammlung Weißstein sei mitgeteilt: Die Versammlung wurde eingeleitet mit einem kurzen „Rückblick und Ausblick“. War der Rückblick des Kameraden Gärtel ein hilfloses Wenden und Drohen, so war der Ausblick noch verworren. Es kann ja auch nicht anders sein, will man radikale Worte finden, ohne dabei grundlegend die Fragen zu behandeln, so

Haft du schon beschlossen?

am Sonntag, dem 25. Januar, um 13,30 Uhr, im „Deutschen Haus“ in Weißstein zu sein, um an der J.H.-Rundgebung teilzunehmen. Entschließe dich sofort, da bei dem erschlafften Programm eine Ueberfüllung zu befürchten ist. Sage es auch deinen Bekannten. Preise 60 Pfg. für Betriebsarbeiter, 30 Pfg. für Erwerbslose und Frauen, 1 Mark für Nichtmitglieder proletarischer Organisationen. Vorzug: Alles in den Diensten der Bergarbeiterkämpfe!

muss eben jedes Wort, was gesprochen wird, höflich klagen. Hätte Gärtel die Arbeit der Parteien gestreift, so hätte er auch die Rolle der SPD. behandeln müssen. Das konnte und durfte er nicht. Er ließ seinen Ausblick in dem Wunsch ausklingen, im Jahre 1931 in den Versammlungen „keine Politik zu treiben, sondern nur gewerkschaftliche Arbeit zu leisten“. Aber schon der Punkt „Lohn- und Lebensbewegung“ zeigte, daß der Lohn der Arbeiter ein politischer Lohn ist, und deshalb auch ausgebeugt werden muß, wo die Ursache liegt, die auf der ganzen Linie nach Lohnabbau drängt. Kamerad Klein legte den Standpunkt des oppositionellen Kameraden der Zahlstelle dar. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in der Entschliebung, die wir gestern abgedruckt hatten.

Rothenbach

III. Feier

Sonntag, den 25. Januar, um 19 Uhr, findet im Gasthof zum „Paulinenschacht“ eine III. Feier statt. Kassenöffnung 18,30 Uhr. Eintrittspreis für Vollarbeiter 35 Pfennig, Erwerbslose 25 Pfennig. „A.-Z.“-Feier, sorgt dafür, daß die Gedächtnisfeier eine würdige Feier zum Andenken an unsere großen Toten Lenin, Plech. Inecki und Rosa Luxemburg, wird.

Königszell

Wo bleibt der „Preisabbau“?

Man schreibt uns: Es wird jetzt nicht bloß in den bürgerlichen Zeitungen, sondern auch in der „Königszeller Zeitung“ sehr viel über Preisabbau geschrieben. Ja, man geht sogar dazu über, benutzt die Theater- und Kinovorstellungen dazu, um unter der Parole „Preisabbau“ für den Kauf in der heimischen Geschäftswelt Propaganda zu machen. Dabei kann man die Wahrnehmung machen, daß gerade jene Kreise, die verpflichtet wären, dieser Mahnung vor allen Dingen Folge zu leisten, ihre Einkäufe nicht in Königszell, sondern in auswärtigen größeren Städten besorgen. Man erzählt sich sogar daß Angehörige der hiesigen Gewerkschaften selbst nach Waldenburg in das große Warenhaus Schölen gefahren sind, um dort ihre Einkäufe zu tätigen. Ebenso kann man die Wahrnehmung machen, daß nach Schweidnitz und Breslau sogenannte „Besser-situiertere“ hinziehen, um dort ihre Sachen einzukaufen. Das hat doch bestimmt auch seine sehr triftigen Gründe, und die härtesten darin liegen, daß es tatsächlich möglich ist, in den vorerwähnten Städten billiger einzukaufen als in Königszell. Wenn die Gewerkschaften von Königszell also Wert darauf legen, daß bei ihnen gekauft wird, dann müssen sie natürlich auch danach trachten, die Preise so zu setzen, daß nicht so große Unterschiede entstehen, wie sie heute noch zwischen den Preisen von Königszell und denen in Breslau, Schweidnitz und Siegnitz uim. vorhanden sind.

Den Arbeitern aber können wir nur empfehlen, sich keinerlei Hoffnungen auf Preisabbau hinzugeben, da ein solcher erkaufbar nicht eintreten wird. Wo ein solcher wirklich vorgenommen wird, da wird sich sehr bald herausstellen, daß an anderen Stellen durch Erhöhung ein „Ausgleich“ vorgenommen wird. Durch Ersetzung von Funktionen auf den Preisabbau soll die Arbeiterschaft nur vom Kampfe abgehalten werden.

Bolkenhain

Vormarsch auf dem Lande

Am Sonntag sprach in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Müller in dem verbotenen Fackelständerdorf Schweins. Er behandelte in seinem Vortrage die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und den drohenden Krieg. Obwohl eine ausgedehnte Sabotage von Seiten der Segner getrieben worden war, war eine ganze Anzahl Parteiproleten erschienen, die dem Vortrage aufmerksam zuhörten und durch Beifall ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten. Auch hier wurden einige Resolutionsentwürfe für die Partei gemacht. Aufgabe der Genossen

ist es nun, weiter auf dem flachen Lande vorzustoßen, damit dort der Einfluß der Faschisten gebrochen werden kann.

300 Erwerbslose mehr

Die Vereinigten Schließlichen Granitwerke haben ihre Betriebe am 17. Januar stillgelegt und auf diese Weise das Schließche Heer der Erwerbslosen um weitere 300 vermehrt. Der Lohnstarb der Steinarbeiter ist abgelassen, und um den Lohnraub in aller Stille durchzuführen, werden die Steinarbeiter auf Pfaster gemornt, damit ein Kampf dagegen unterbunden werden kann. Die Steinarbeiter müssen das erkennen und sich zur Abwehr bereit machen.

Niederschlesien

Das Schreckensurteil von Siegnitz

Streiklichter aus dem Bunzlauer Aufbruchprozess

Im politischen Teil dieser Nummer haben wir bereits das ungeheuerliche Terrorurteil der schließlichen Justiz mitgeteilt, mit dem die Justiz als getreue Dienerin der herrschenden Klasse die wahrhaft Schuldigen an dem Blutbad von Bunzlau von jeder Schuld reinwaschen will. Aber das darf und wird ihr nicht gelingen. Das Verzeihensurteil an diesem nur zum Schein geführten Prozeß, bei dem das Urteil schon vorher so gut wie feststand, ist, daß er im Zeichen einer verhassten Geste gegen die Kommunisten als die Führer der revolutionären Arbeiter und aller Armen und Ausgebeuteten stand.

Bundrat behauptete die Polizei vor Gericht, schon vor dem Tage des Blutbades gewußt zu haben, daß die Kommunisten einen Anschlag planten. Es waren in Wirklichkeit zwei lächerliche, natürlich anonyme Briefe, in denen behauptet wurde, daß die Kommunisten das Versammlungsort „Odeon“ in die Luft sprengen wollten. In dem zweiten wurde behauptet, daß das Kabel, d. h. die Fühlschnur, bereits unterirdisch gelegt worden sei. Ueberflüssig zu betonen, daß diese Katalinparole reine Erfindungen, wahrscheinlich von bestimmter Stelle inspiriert, darstellen.

Sowohl der Landrat Köhne, der Hauptschuldige an dem Bunzlauer Blutbade, als auch die sozialdemokratischen Führer und Funktionäre, ja selber auch einige verheißene SPD.-Proleten, sind von einer Art panischer Kommunismfurcht befangen, die sich nur mit dem Zustand eines gereizten Stieres vergleichen läßt, der überall rotes Tuch wittert. Bei dem Landrat steht fest, daß dies nur ein Manöver ist, die Schuld auf die Kommunisten abzuschieben. Als der Vorsitzende ihn zum Beispiel fragte: „Waren an Ort und Stelle (in Bunzlau) Geher anwesend?“ erwiderte der Köhne:

„Ja, sehr viele! Die Gehe wird von wenigen Unstabilen (Nes: Kommunisten) inszeniert, die dann, wenn es ernst wird, verschwinden.“

Diese gemeine Lüge dient, wie wir schon sagten, lediglich zur Verschleiierung der eigenen Schuld an dem Blutbad. Außerdem war der Köhne gar nicht in der Lage, festzustellen, ob Kommunisten anwesend waren, denn er erklärte einige Minuten vorher, daß es so dunkel gewesen sei, daß man nur die vorderen Reihen der Menge sehen konnte. Im übrigen waren an dem fraglichen Abend weder auswärtige Kommunisten noch die führenden Bunzlauer Genossen in Bunzlau.

Bemerkenswert war noch, wie sich Köhne als führender Sozialdemokrat die Ursachen der Zusammenstöße zwischen Polizei und hungernden Massen des deutschen Proletariats vorstellte. Vom Vorliegenden befragt, erklärte dieser Sozialdemokrat, daß die „Ver-

indem sie sich um die Revolutionäre Schwerfächtsopposition scharen, um unter ihrer Führung den Kampf dagegen aufnehmen zu können.

Freiburg

Freitag, den 23. Januar, im Gasthof „Zum grünen Baum“, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Das Erscheinen aller Holzarbeiter ist unbedingt notwendig.

Schweidnitz

Der bei einem Hiesigen Gutspächter in Donnerau in Stellung befindliche Kutsher Richard Gaus warf sich vor einen einfallenden Zug und wurde auf der Stelle getötet. Die Gründe, die den 19jährigen Mann in den Tod getrieben haben, sind bisher nicht ermittelt worden.

Deutscher Holzarbeiterverband

Freitag, den 23. Januar, im Gasthof „Zum grünen Baum“, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Das Erscheinen aller Holzarbeiter ist unbedingt notwendig.

hebung durch radikale Parteien die Ursache dieser Konflikte“ ist. Daß der Hunger, der knurrende Magen, die Not und das Glend von Millionen Tausenden sind, davon weiß Köhne nichts oder er will davon nichts wissen. Er weiß nur, daß man „laut ministerieller Verfügung nach der dritten Aufforderung, sich zu zerstreuen, schließen darf“, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.“

Aus der Verhandlung des ersten Tages sind noch folgende Dinge bemerkenswert: Der Polizeimeister von Bunzlau, Sojaldemokrat Krause, war dem Kriminalsekretär Meißner, der zur Erde gestürzt war, beifällig. Auf einmal knallten die Schüsse. Die Menge floh sofort. Aber die Polizisten schossen weiter. Da schrie Krause: „Nicht mehr schießen!“ Und das wird ihm von seiner Partei als Verdienst angerechnet. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß dieser SPD.-Polizist nur aus Furcht, selbst etwas abzubekommen, diesen Ruf ausließ. Er erklärte vor Gericht: „Schrie, um nicht selbst getroffen zu werden!“

Dafür fand das Gericht natürlich kein Wort der Kritik. Aber wenn es sich darum handelte, die Angeklagten brutal zu bestrafen, war der Vorsitzende sofort zur Stelle. Dem einen Arbeiter verweigerte er das Recht, die Toilette aufzusuchen, und es ist fast ein Wunder, daß der Angeklagte seine Notdurft nicht im Gerichtssaal verrichtete. Einen 16jährigen Angeklagten bucht der Vorsitzende fortwährend, die Pressevertreter schreuzt er wie ein Feldweibel an, weil sie sich, da sie nichts verstehen konnten, von ihren Plätzen erhoben und in die Nähe des gerade ausfragenden Zeugen begeben hatten. Dafür zu sorgen, daß auch sie der Verhandlung folgen können, vergißt er. Aber er vergißt nicht, die Zeugen wie ein Vieh darauf aufmerksam zu machen, an das Kräftig, daß vor dem Gericht aufgepaßt ist, zu denken, wenn sie die Hand zum Schwure heben.

So ließ das Gericht keine halbe Stunde vergehen, ohne die Angeklagten und proletarischen Zuhörer beständig daran zu erinnern, daß sie einem Klassengericht gegenüberstanden, das die Interessen der herrschenden Klasse gegen die Vertreter der unterdrückten wahrnahm. Daß der Vorsitzende Scholz dies mit brutaler Offenheit tat, war gut, denn sein Verhalten bewies auch dem letzten Proletarier, der noch so an ein Märchen wie das der Objektivität der kapitalistischen Gerichte glaubte, daß die Klassenrichter einen brutalen Kampf gegen Proletarier führen, bei dem die Paragrafen und Befehlshaber nur Mittel zum Zweck sind, nämlich zu dem Zweck, Proletarier in Gefängnisse und Zuchthäuser zu treiben, damit „Ruhe und Ordnung“, der Profit und die Dividende erhalten bleiben.

Massenprotestversammlung gegen die weiße Justiz

Auch die Schufe im Dienst des Justizterrors

Am Dienstagabend hatte die Rote Hilfe zu einer Protestkundgebung gegen den Justizterror aufgerufen, und zwar im Zusammenhang mit dem hier tagenden Prozeß des Bunzlauer Arbeitermordes vom 21. August v. J.

Wie wir bereits in unserem Prozeßbericht gemeldet haben, war Siegnitz im Augenblick in Kriegsgefangenschaft verhaftet worden. Nicht erwähnt haben wir dabei jedoch, daß auch die Schufe, also die Reichsbannerwehr, sich in den Dienst der Klassenjustiz gestellt hatte, um gleichzeitig auch ihrem Freund, den Landrat Köhne, zur Verfügung zu stehen.

Die Versammlung war überfüllt, und was noch wichtiger ist, von einem Kampfgeist erfüllt, der erkennen ließ, daß die Proleten gerade durch das Reservenangebot der Polizei nur noch mehr erkannten, wie richtig die Anklage war, die unsere Zeitung gegen den Landrat Köhne erhoben hatte.

Das Referat in der Versammlung hatte der Genosse Treib, Breslau, übernommen, der unter stürmischer Zustimmung der Versammelten noch einmal den Bunzlauer Arbeitermord aufzeigte, um sich im zweiten Teil dem Justizterror zuzuwenden, den er ebenfalls unter lebhaftem Beifall anbrachte. Einstimmig wurde hierauf folgende Entschliebung angenommen:

„Die heute, am 20. Januar 1931, bei der Protestversammlung der Roten Hilfe in Siegnitz, „Mittag-Güte“, versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kleinrentnerbetreibenden protestieren nach Anhörung des Berichtes gegen die Prozeßführung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Scholz, bei dem Termin gegen die Bunzlauer Arbeiter auszuführen. Nach genauer Information sind die Versammelten der Meinung, daß nicht die Proleten, sondern einige der Polizeibeamten auf die Anklagebank gehören. Alle Anwesenden werden den Kampf unterstützen und dafür Sorge tragen, daß bald das prominente Mitglied der SPD., Landrat Köhne, auf der Anklagebank vor dem Volkstribunal Platz nehmen wird.“

Goldberg

Im hiesigen Hospital überfiel der dort wegen einer Nierenerkrankung untergebrachte 35 Jahre alte Arbeiterlose Lorenz in der Nacht zum Dienstag, offenbar aus Eifersucht, seine dieser Tage ebenfalls ins Krankenhaus eingelieferte Geliebte Dora Richter. Lorenz schlich in das Zimmer, in dem noch sechs Frauen schliefen und schlug mit einer Art auf das Mädchen ein. Sofort eilte auf die Hilferufe der Krankenschwester Thiel herbei, auf den Lorenz ebenfalls ein-

schlug. Als Thiels Frau und Schwägerin kamen, versuchte er, sich auch auf diese zu stürzen. Die beiden Frauen konnten sich jedoch durch die Flucht noch in Sicherheit bringen. Der Täter wurde verhaftet, die Ueberfallenen haben lebensgefährliche Verletzungen davon getragen.

Sprottau

7000 Mark geraubt. Während einer kurzen Abwesenheit des Rechners Winkwart von der Elektrizitäts-Genossenschaft in Ottenhof brangen Eindrehler ein, öffneten mit Nachschlüssel einen Wandschrank und entwendeten eine Kassetten mit 7000 Mark, dem gesamten Kassendeband der Genossenschaft. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Hirschberg

Zeichen der Wirtschaftskrise. Ein Zeichen der schweren Wirtschaftskrise ist die Tatsache, daß hier innerhalb zweier Tage drei alte angelegene Firmen Konkurs anmelden mußten, und zwar eine Tuchgesellschaft, eine Teppich- und Tapetenfabrik und ein großer Bierverlag.

Mein

Inventur = Ausverkauf

hat begonnen. — Erst 6 blaue Mar'en
herausgeleitet Preise noch 6

Bänderschuhe wieder vorrätig

Hans Dobritzsch

normaler L. Seller

Kurz-Weiß-Wollwaren, Arbeiterkleidung
Örlik, Obermarkt 24 (am Schwibbogen)

Unter dem Banner des Leninismus!

Die Plenartagung unseres Zentralkomitees

Am 15., 16. und 17. Januar fand in Berlin die Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. Diese Tagung, auf der alle europäischen Bruderparteien fast ohne Ausnahme durch ihre delegierten vertreten waren, erhielt schon hierdurch ihr Gepräge als ein Ergebnis im Lager der Arbeiterbewegung von internationaler Bedeutung. Aber dieser Charakter drückte sich noch stärker als in der Zusammensetzung, vor allem in dem politischen Inhalt dieser Sitzung unseres Zentralkomitees aus: in dem umfassenden Referat des Genossen Ernst Thälmann, in der politischen Resolution, die einstimmige Annahme fand, und in der Diskussion, die zahlreiche Fragen der revolutionären Massenarbeit, von wichtigen Aufgaben der täglichen Praxis bis zu den entscheidenden theoretischen Problemen, berührte. Wenn die vorliegende Plenartagung des ZK im März vorigen Jahres im Zeichen einer gründlichen bolschewistischen Selbstkritik geschwebt und die letzte Tagung im Sommer, einen Tag vor der Reichstagsauflösung, die elementare Mobilisierung unserer Partei für jene revolutionäre Offensive zur Eroberung der Massen gebracht hat, die in den Reichstagswahlen und dem kommunistischen Wahlsieg ihren ersten Niedererschlag fand, so ist das charakteristische Merkmal der jetzigen Sitzung des Zentralkomitees die bedeutungsvolle marxistisch-leninistische Arbeit, die von der Führung der KPD bei der Untersuchung aller politischen, ökonomischen und sozialen Probleme und bei der klaren und unzweideutigen Herausarbeitung der politischen Linie unserer Partei geleistet wurde. In dem politischen und theoretischen Niveau unserer ZK-Sitzung spiegelt sich die bolschewistische Entwicklung und das Wachstum der kommunistischen Partei Deutschlands wider. Nicht nur durch ihre höhere Stärke und die Kraft ihres Masseneinflusses, sondern auch durch den Grad ihrer inneren bolschewistischen Reife ist die deutsche Partei zur zweiten führenden Partei der kommunistischen Internationale neben und nach der KPSS geworden. Ihre Beschlüsse, ihre politische Arbeit, bahnen nicht nur dem deutschen Proletariat den Weg zu seiner Befreiung von dem Joch der kapitalistischen Profitwirtschaft, sondern sind zugleich Pionierarbeit für unsere Bruderparteien in den anderen kapitalistischen Ländern.

Das große Referat des Genossen Thälmann, das der ganzen Tagung des Zentralkomitees Richtung gab, ging von einer marxistischen Untersuchung der allgemeinen Weltlage und der speziellen Situation des kapitalistischen Deutschlands aus. Gestützt auf eine Fülle der wichtigsten ökonomischen und politischen Tatsachen, entwickelte er seine Analyse des besonderen Charakters der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und der Hindernisse, die einer Überwindung der Krise durch den Weltkapitalismus entgegenstehen. Er rechnete mit der lächerlichen Theorie der Sozialdemokratie und Bourgeoisie ab, als sei die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nur eine „normale“ zyklische Krise, wie sie die kapitalistische Entwicklung in der Vorkriegszeit in Zeitabständen von 5 bis 15 Jahren mit sich brachte. Er widerlegte auch die andere wichtige Theorie, wonach es sich bei der heutigen Krise nur um die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems handele. In Wirklichkeit ist gerade die Tatsache entscheidend für den Charakter der gegenwärtigen Krise, daß sich hier eine politische Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt.

Die Wechselwirkung zwischen der allgemeinen und der politischen Krise bedingt einmal die ungeheure Verschärfung der jetzigen Weltwirtschaftskrise, während sie, andererseits aus den Erschütterungen und der zerstörenden Wucht der konjunkturellen Krise eine gewaltige, weltgeschichtliche Vertiefung der Gesamtkrise des kapitalistischen Systems, eine außerordentliche Beschleunigung seines geschichtlichen Niederganges ergibt.

Die marxistische Wissenschaft, die allein die Möglichkeit zu einer wirklich ersten Untersuchung der Krise, nicht nur ihrer äußeren Erscheinungsformen, sondern auch ihrer wahren Triebkräfte und Hintergründe ermöglicht, gibt zugleich die Handhabe für eine Klärung der weiteren Perspektiven der Entwicklung, für eine eindeutige Prognose der Zukunft. Es gibt keinen Zweifel, daß die Weltwirtschaftskrise und die deutsche Krise in ihrem Rahmen sich in den kommenden Monaten außerordentlich vertiefen werden. Mit vollem Recht sagt hierüber die politische Resolution des Zentralkomitees:

„Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entstehen bereits Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Kräfteentfaltung und Massenkraft des revolutionären Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei ab.“

Genosse Thälmann knüpfte an diese Analyse an, als er die Frage untersuchte, wie weit die allgemeinen Bedingungen für die proletarische Revolution in Deutschland gegeben seien oder sich entwickeln. Mit fester Hand grenzte unser Führer die Politik der Partei zwar gegen jede etwaige Tendenz ab, Entwicklungstufen zu überspringen, dem geschichtlichen Ablauf voranzueilen und dadurch etwa den verbrochenerischen Plänen der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus Vorhub zu leisten, deren letzte Hoffnung darin besteht, dem revolutionären Proletariat vorzeitig eine Entscheidungsschlacht aufzuzwingen. Aber zugleich entwickelte Genosse Thälmann entschlossen die revolutionären Perspektiven, die sich aus den Faktoren der geschichtlichen Entwicklung ergeben. Mit leninistischer Schärfe zeigte er die ausschlaggebende Rolle des subjektiven Faktors unserer revolutionären Politik auch für die weitere revolutionäre Entwicklung der objektiven Situation und des Ganges der Krise auf und kam zu dem Schluß, daß wir die revolutionäre Situation durch den Klassenkampf des Proletariats organisieren können und müssen.

Wie ist die Lage in Deutschland? Der revolutionäre Aufbruch, der sich im Wachstum des Masseneinflusses der KPD in den großen Streikbewegungen des Proletariats, in der Welle des antifaschistischen Massenkampfes offenbart, erzeugt als geschichtliche Antithese den faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie, ihren verzweifeltsten Willen, durch die faschistische Diktatur einen letzten Schutzwall gegen die proletarische Revolution und zur Verewigung der Youngklaverei aufzurichten. Die Klassen-situation kennzeichnet sich durch den revolutionären Vorwärtsschritt auf der einen, durch die austreifende, wenn auch noch nicht ausgereifte faschistische Diktatur der Bourgeoisie auf der anderen Seite. Genosse Thälmann legte

„Moskau befiehlt: Unruhen am 25. Februar“

Riga meldet: „Moskauer Emisäre abgefangen“ — „Wichtige Papiere gefunden“ — „Paraden, Meetings, Unruhen, kleinere Putschge wie Vorzeichen einer Weltrevolution“ — Das ist die blasse Furcht vor dem Internationalen Kampf der Arbeitslosen

Berlin, 20. Januar.

Unter der Schreizeile: „Moskau befiehlt: Unruhen am 25. Februar“ — „Generalprobe zur Weltrevolution in allen Städten“ — „enthüllt“ das hiesige Polizeiorgan, das „Tempo“ aus dem Hause Ullstein die „dunklen Ziele Moskaus“. Nichts anderes ist geplant, als die — Weltrevolution. Und zwar am 25. Februar des Jahres 1931. Diese sensationelle Enthüllungen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Hören wir:

„Riga, 20. Januar. „Tempo“ verspricht (!). Die lettische Polizei hat zwei russische Emisäre (!) abgefangen, die im Begriff standen, sich nach der USA einzuschiffen. Bei ihnen fand man wichtige Papiere (!), aus denen hervorgeht, daß das Exekutivkomitee der Komintern für den 25. Februar eine große Aktion plant... Die beiden verhafteten Agenten gehören zu einer etwa 300 Mann starken Gruppe (!), die die Order hat, in den europäischen Hauptstädten und in den Vereinigten Staaten den Boden für diesen 25. Februar vorzubereiten. Dieser Tag soll unter dem Titel „Der internationale Tag der Arbeitslosen“ lauten... Auf dem Programm nach dem die Emisäre arbeiten sollen, stehen: „Paraden, (!) Meetings, Unruhen, kleinere Putschge...“ An diesem Tag sollen in der ganzen Welt wie auf einen Schlag überall kleinere oder größere Unruhen entstehen, die gewissermaßen die Vorzeichen der Weltrevolution (!) darstellen.“

Jetzt ist es also heraus. Ein unverzeihlicher Regiefehler Moskaus, daß dieses Geheimnis nicht besser gewahrt wurde. Doch das „Tempo“ weiß noch mehr zu berichten.

„In den größeren Städten sollen nach den gefundenen Anweisungen (!) Unruhekolonnen (!) bereit gehalten werden, die bald hier bald da aufstehen und die Massen in Wallung bringen (!) und dann wieder schleunigt verschwinden. Dabei ist darauf zu achten, (so soll es wörtlich in dieser „Anweisung“ heißen. Die Red.), daß Verluste in Zusammenstößen nur vermieden werden können, wenn dieses Verschwinden der Unruhekolonnen vollkommen ist, d. h., auch niemand von ihnen aus Neugierde (Dhat) zurückbleibt oder an den Tatort zurückkehrt, nachdem der Führer der Kolonne das Zeichen zum Verschwinden gegeben hat.“

An alles denkt Moskau, wie man sieht. Bis ins kleinste werden im Kreml die Anweisungen für jeden Einzelnen ausgearbeitet. Die blühende Phantasie, die diesen Spitzelbericht auszeichnet, ermächtigt den Verfasser, eine Sonderprämie zu verlangen.

Die Rebellion des „Tempo“ hätte bereits vor einigen Tagen in der „S...“ lesen können, daß am 25. Februar der Internationale Kampf der Arbeitslosen stattfindet, denn wir veröffentlichten den dazu erschienenen Aufruf der kommunistischen Parteien der einzelnen Länder. An diesem Kampfstag werden die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen in allen Ländern aufmarschieren und für ihre berechtigten Forderungen demonstrieren. Wenn es in dem Bericht aus Riga heißt, daß die Kommunisten die Absicht haben, die Mehrzahl der Arbeitslosen in dieses Mandat am 25. Februar hineinzuziehen“, so geben wir zu, daß wir diese Absicht haben. Allerdings hat die Bourgeoisie alle Ursache, diesen Tag zu fürchten, denn es sind mehr als 20 Millionen Arbeitslose in der ganzen Welt, die unter den Fahnen der kommunistischen Internationale an diesen Tage demonstrieren werden.

Die Quelle des oben zitierten Lügenberichtes ist die in Riga sitzende und mit Geldern der französischen Regierung ausgeschaltene Lügenfakultät, die immer dann in Funktion tritt, wenn sich der französische Imperialismus in Schwierigkeiten befindet. Diesmal sind es die Verhandlungen in Genf, wo die Frage der Singulierung der Sowjetunion zu den Beratungen der Völkerbundskommission soeben entschieden wurde. Bekanntlich hat sich Frankreich mit allen Mitteln dagegen gewehrt, daß die Sowjetunion hinzugezogen wird. Die Absicht der neuen Sehnachricht ist also ganz eindeutig: Brand will für sein Verhalten in Genf Argumente schaffen. Daher die Tatarreue nachrichten über die „Generalprobe zur Weltrevolution“ am 25. Februar. Daß das angeblich demokratische „Tempo“ diesen offensichtlich lügenhaften als politische Aktion ersten Ranges behandelt, kennzeichnet die politische Verblöndung der deutschen Young-Presse und soll wohl der Vorbereitung eines neuen Verbotes dienen.

Nichtsdestoweniger danken wir dem Hause Ullstein für diese plakatmäßige Propaganda für den Erwerbslosentag am 25. Februar. Das übrige wird unsere Arbeit sein. Gerade diese provokatorische Heize wird die deutsche Arbeiterschaft veranlassen, in den nächsten Wochen alle Kräfte zu mobilisieren, um den Kampf der Erwerbslosen zu einem wichtigen revolutionären Ereignis zu gestalten.

Die Stützen der Klassenjustiz

Generaldebatte im Strafrechtsauschuß über das neue Zuchthausgesetz

Berlin, den 20. Januar 1931

Im Strafrechtsauschuß des Reichstags begann am Dienstag die Generalausdebatte zum neuen Strafgesetzbuch. Sozialdemokraten und Bürgerliche verzichteten von vornherein auf das Wort, die Nationalsozialisten spielten eine lächerliche Komödie, indem sie die Sitzung verließen. In Wirklichkeit bedeutet diese Demonstration der Nationalsozialisten ein elendes Täuschungsmanöver. Sie sind vollkommen mit der Tendenz der neuen Zuchthausgesetzgebung, mit der verschärften Klassenjustiz gegen das Proletariat, einverstanden.

Genosse Gesele nahm für die Kommunisten das Wort. Jede Gesetzgebung im kapitalistischen Staat ist eine Klassengesetzgebung im Interesse der herrschenden Klasse, gegen die Klasse des Proletariats. Bei Verschärfung des Klassenkampfes, bei gesteigerter Ausbeutung wird auch die Klassengesetzgebung verschärft gegen das Proletariat angewandt.

Die Quellen der Kriminalität sind die Not und das Elend, das die kapitalistische Gesellschaft ständig neu und vermehrt erzeugt. Die Kommunisten fordern daher statt der Strafen soziale Maßnahmen. Wir sind uns klar darüber, daß die Klassenjustiz zwar die Zuchthäuser füllen kann, aber niemals dazu beiträgt, die soziale Not der Werktätigen zu mildern. Erst die Justiz in den Händen des Proletariats, angewandt gegen alle Expreser und Ausbeuter, wird im Rahmen der Sowjetmacht ein Bestandteil zur Überwindung der sozialen Misse sein.

Im Sturmtempo wurden darauf die Abstimmungen zu den ersten sechs Paragraphen vorgenommen. Immer stimmten Sozialdemokraten gemeinsam mit den schwerkapitalistischen Parteien den Paragraphen zu (die Nationalsozialisten drückten sich). Die Sozialdemokraten gingen sogar so weit, selbst dem Paragraphen zuzustimmen, der eine Bestrafung von politischen Vergehen vorsieht, die im Ausland begangen sind. Also für eine

dar, daß der Übergang der Bourgeoisie von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus keineswegs eine Veränderung im Klasseninhalt des kapitalistischen Staates und der bürgerlichen Herrschaft bedeute, daß vielmehr nach wie vor die Diktatur des Finanzkapitals diesen Klasseninhalt darstellt und nur die Herrschaftsformen und Methoden wechseln und sich verschärfen. Die Regierung Brüning charakterisiert sich hierbei als die Regierung der Durcheinanderführung der faschistischen Diktatur, die sich dabei sowohl auf den Sozialfaschismus stützt, als auch auf die Nordbanden der faschistischen Massenpartei, der Nationalsozialisten.

Die Zuspitzung der Klassen-situation macht die Lösung der Volksrevolution zur strategischen Hauptlösung unserer Politik. Auf der Linie unseres Freiheitsprogramms gilt es, den revolutionären, sozialistischen Ausweg aus der drohenden Katastrophe der bantrotten kapitalistischen Profitwirtschaft und aus der Youngklaverei den Massen aufzuzeigen. Genosse Thälmann erläuterte die Bedeutung der Lösung Volksrevolution als eines Synonyms der proletarischen, sozialistischen Revolution, in dem sich jedoch die Leninische Lehre von der Einbegleichung der halbproletarischen werktätigen Schichten in die revolutionäre Kampffront unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei ausdrückt. Die Wendung der Partei zur ersten Arbeit unter diesen Schichten der ärmeren Bauern, des notleidenden hädtischen Mittelstandes und der Angestelltenmassen ist unerläßlich.

(Schluß folgt.)

Rede, die deutsche revolutionäre Arbeitervertreter in der Sowjetunion, in England, Frankreich oder in irgend einem anderen Lande der Welt halten, sollen sie jetzt auf Grund der Hochoverratsbestimmungen bestraft werden. Dafür haben die Sozialfaschisten gesorgt.

1339 gewählte Delegierte

Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen den Faschismus

Im Bezirk Halle-Merseburg fanden am letzten Sonntag 13 Kampfsitzungen gegen den Faschismus statt, die insgesamt von 1339 Delegierten besucht waren. Unter diesen Delegierten befanden sich 275 Betriebsarbeiter (davon 30 Frauen), 31 Landarbeiter, 39 Kleinbauern, 53 Klein-gewerbetreibende und 93 proletarische Hausfrauen. Die übrigen Delegierten waren erwerbslos.

Politisch organisiert waren 19 der Delegierten in der SPD, 72 in der KPD, und anderen faschistischen Organisationen 762 waren parteilos und 556 gehörten der kommunistischen Partei an.

Die Arbeiter- und Bauernvertreter auf der Kampfsitzung in Bitterfeld verfassten eine gemeinsame Bündnis-erklärung, die wir morgen in ihrem Wortlaut veröffentlichen werden.

Trotz Terror und Maßregelungen

Roter Betriebsräte-Wahlsieg

Guter Aufstakt der Betriebsräte-wahlen in Berlin

Berlin, 20. Januar.

Am Montag und Dienstag fand die Betriebsräte-wahl in der UEG-Brannenstraße statt. Die Rote Einheitsliste erhielt die Mehrheit der gültigen Stimmen und damit die Mehrheit im Arbeiterrat. Es wurden abgeben an Stimmen:

Rote Einheitsliste	1997
Reformisten	1897
Nazis	380

Die Mandate im Arbeiterrat verteilen sich: Rote Einheitsliste 10, Reformisten 7, Nazis 2.

Bei der vorjährigen Wahl setzte sich der Arbeiterrat aus 11 roten und 8 reformistischen Kollegen zusammen. Nach dem Metallarbeiterstreik wurden sämtliche roten Arbeiterräte und noch 90 Funktionäre der KPD und der RGD freigegeben. Außerdem wurde im Laufe des verfloffenen Jahres die Belegschaftszahl um etwa 1000 Mann vermindert. Selbstverständlich waren es die revolutionären Arbeiter, die als erste aus dem Betrieb hinausgeworfen wurden.

Trotz alledem konnte die Rote Einheitsliste die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Trotz Terror, trotz sozialfaschistischer Denunziation, rote Mehrheit in der UEG-Brannenstraße!

Tatsachen, die das Blut erstarren lassen

Aus der Interpellation der kommunistischen Sejmfraktion über die unmenschlichen Folterungen in den Kerker Pilsudskis

Warschau, 19. Januar. Die kommunistische Sejmfraktion hat der Presse den Text ihrer Interpellation über die Folterungen im Gefängnis Luda zugestellt. Die Interpellation wurde wegen „Mangels der erforderlichen Unterlagen“ vom Sejmvorsitzenden abgelehnt. Die Interpellation verweist darauf, daß die Mißhandlungen der politischen Gefangenen seitens der politischen Polizei entsetzliche Formen und Dimensionen angenommen haben. Die Grausamkeiten und der Sadismus der Genfer Pilsudskis genossen die öffentliche Billigung und die autoritative Anerkennung der Behörden. Die Mißhandlungen der revolutionären politischen Gefangenen sind im faschistischen Polen, besonders in der Westukraine zum System erhoben worden. Die Interpellation nennt auch die Namen der schlimmsten Genfer: Tlaczul, Kostedl, Wiszki u. a.

In der Interpellation heißt es dann u. a.: In der zweiten Novemberhälfte haben im Wemberger Bezirk, in Wolhynien und Cholm Massenverhaftungen stattgefunden. Mehrere Duzend der Verhafteten kamen in das Gefängnis Luda, wo sie einem „Verhör“ unterworfen wurden. Mit Hilfe der grausamen Folterungen erzwang die Geheimpolizei die erforderlichen Aussagen von den Verhafteten. Wenn die Verhafteten ihre durch die Folter erpreksten Aussagen beim Untersuchungsrichter zurücknahmen, verließ der Richter kurz sein Zimmer, worauf die Polizisten unter Führung des bekannten Genfers Jaremba die Folterungen fortsetzten.

Ein Gefangener, namens Jwan Wyrwa, wurde in Anwesenheit des Bezirkshauptmanns geschlagen. Dem Gefolterten wurde Wasser, Essig oder Urin in den Mund gegossen. Die Fußsohlen mit Nadeln gestochen und mit glühenden Eisen gebrannt, sie wurden an einem Block in die Höhe gezogen und mit Gummiknäueln an die Geschlechtsorgane geschlagen. Beim Verhör wurde ein Hund auf die Gefangenen gehetzt, der sie beiß und würgte. Nahezu alle gefangenen Frauen wurden von den Polizisten vergewaltigt.

Die Interpellation nennt die Namen einer Reihe der Mißhandelten und Gefolterten. Der Gefangene Wilszka wurden die Zähne ausgeschlagen und die Nieren beschädigt. Dem Gefangenen Kozor wurden die Nieren und die Lungen beschädigt, so daß er Blut hustet. Rosa Spelulant wurde viermal nacheinander gefoltert, sie wurde auf die Fußsohlen mit einem Stod geschlagen, es wurde ihr Wasser in den Mund gegossen, der Oberpolizeiaufsicher Tlaczul vergewaltigte sie und führte eine Stod in ihr Geschlechtsorgan ein. Dem politischen Gefangenen Schlichter wurden die Nieren und Geschlechtsorgane dermaßen beschädigt, daß er mehrere Tage nahezu bewußlos dalag. Diesen grausamen Mißhandlungen wurde auch der bekannte ukrainische Genossenschaftler Gollan ausgesetzt.

Nach den letzten Mitteilungen, die die Fraktion erhalten hat, wurden zwei politische Gefangene, der Arbeiter Pawol und der Bauer Bojko zu Tode gepeinigt. Am 5. Dezember starb im Hospital zu Cholm die Näherin Drenstein, die am 29. November verhaftet und von der Polizei den entsetzlichen Folterungen ausgesetzt wurde. Die politische Gefangene Motulewna konnte die im Gefängnis erlittenen Folterungen nicht aushalten und schnitt sich daher die Pulsadern auf; sie kämpft heute im Gefängnishospital mit dem Tode.

Am 17. November wurden 15 junge Arbeiter und Studenten unter dem Verdacht der Ermordung eines Soldaten verhaftet. Fünf Wochen hindurch hatten diese jungen Leute die unmenschlichsten Folterungen zu erdulden. Besonders grausam wurde die junge Arbeiterin Malika Stilleter mißhandelt. Dreimal nacheinander wurde sie von mehreren Polizeiantagen vergewaltigt, es wurden glühende Eisen und ein elektrischer Draht in ihr Geschlechtsorgan eingeführt. Nach diesen Folterungen wurde sie in der Abteilung für Geschlechtskranke im Krankenhaus des Gefängnisses untergebracht. Trotz diesen fürchterlichen Folterungen verweigerte sie ihre Unterschrift unter die von der Polizei verlangten Aussagen. Trotzdem sie

dem Wahnsinn nahe ist, wird sie immer noch im Gefängnis festgehalten. Andere Gefangene wurden auf die Fußsohlen mit einem Stod geschlagen, mit glühenden Eisen gebrannt, sie wurden an ihren Haaren aufgehängt, wobei man Nadeln unter ihre Nägel trieb. Der ganze Körper des Studenten Schajan Lewin ist mit Wunden bedeckt. In Wemberg wurde ein junges Mädchen, Tasman, von den Polizisten vergewaltigt.

Während der Wahlkampagne wurden die politischen Gefangenen in Massen mißhandelt und gefoltert. Der in Lodz verhaftete Kandidat der Arbeiter- und Bauernliste, Sobczak, wurde auf das grausamste mißhandelt. Nach seiner

Entlassung aus dem Gefängnis ist er ein Krüppel, hustet Blut und kann seine Arbeit nicht wieder aufnehmen. Dasselbe Schicksal erlitten Duzende anderer Kandidaten, besonders in den Wahlkreisen Westweißrusslands.

Die Interpellation der kommunistischen Sejmfraktion stellt fest: Alle diese angeführten Tatsachen, die einem das Blut erstarren lassen, haben in der bürgerlichen Presse keine Beachtung gefunden. Die Führer der polnischen Sozialdemokratie sowie der ganzen „Opposition“ wussten von allen diesen Gewalttaten nichts wissen. Die „Selben von Vrest“, die ukrainischen Faschisten und Sozialfaschisten, die die „Befreiung“ der Westukraine unterstützten, hegten die Imperialisten gegen die Sowjetunion und gegen die Sowjetukraine. Sie schweigen alle zu den von uns aufgedeckten Folterungen. Die Arbeiter und Bauern Polens geben sich darüber Rechenschaft, daß die „Befreiung“ durch die faschistischen Banden Pilsudskis in der Westukraine in der Tat nichts anderes sein sollte, als die Säuberung des Aufmarschgebietes und die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion. Diese grausamen Folterungen und Verbrechen der politischen Polizei Pilsudskis — dies ist die Antwort des Faschismus auf den wachsenden revolutionären Kampf der hungernden Arbeiter- und Bauernmassen Polens.

Verewigung der Sklaverei

Die „Konferenz am runden Tisch“ beendet

London, 20. Januar. Die „Konferenz am runden Tisch“, die angeblich über das Schicksal Indiens entscheiden sollte, ist gestern zu Ende gegangen. Nach der Annahme des Minderheitenberichts, der sich für getrennte Wahlkreise der Hindus und der Mohammedaner einsetzt, hielt der konservative Abgeordnete Lord Peel eine Rede, in der er die Befugnisse des Vizekönigs und des einzuführenden Scheinparlaments scharf voneinander abgrenzte.

Darauf nahm Macdonald das Wort zu einer großen Schlussrede. Er betonte mit Nachdruck, daß die englische Regierung nur dann die in der Konferenz angeregten Zugeständnisse machen werde, nachdem Garantien für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Indien geschaffen seien.

Zum Schluß verlas Macdonald eine amtliche Regierungserklärung, die das Ergebnis der Konferenzarbeiten zusammenfaßt. Danach behält sich die englische Regierung unter allen Umständen die folgenden Funktionen vor: Bestimmung der Außenpolitik, Lei-

tung der Landesverteidigung, der Finanzen und der Polizei. Außerdem behält sich England das Recht vor, in besonderen Fällen durch Ausnahmegeetze in die innere Verwaltung einzugreifen zum Zwecke der Sicherung der Ruhe und Ordnung.

Den Vertretern der indischen Großbourgeoisie werden dagegen bedeutungslose Posten als „verantwortliche“ Minister, Provinzialbeamte, „Parlamentarier“ usw. von Englands Gnade angeboten.

Von Freiheit und Unabhängigkeit findet sich in diesem sozialdemokratischen Regierungsdokument selbstverständlich kein Wort, nicht einmal von einer Dominionsverfassung. Das ganze System der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung bleibt in vollem Umfang bestehen.

Die Rehrseite der Londoner Verhandlungen waren die Galgen in Yuna, an denen vier revolutionäre Textilarbeiter für ihren Kampf um die Freiheit Indiens gehängt wurden. Diese Galgen sind das wirkliche Wahrzeichen sozialdemokratischer Kolonialherrschaft!

Hinter den Kulissen des Genfer Ränkespiels

Sowjetunion eingeladen

— aber nicht zur politischen Debatte

Das diplomatische Ränkespiel, das seit einigen Tagen hinter den Kulissen des Völkerbundes vor sich geht, ist ein treues Spiegelbild der Wandlungen, die sich auf der Bühne der internationalen Politik vollziehen. Was hat sich in Genf in den vier Tagen seit der Eröffnung der Tagung des Europaratums ereignet?

Briands Bestreben lief von Anfang an darauf hinaus, die ursprünglich in Aussicht genommene Erörterung der politischen Probleme des „Raneuropa“projekts aus Rücksicht auf die empfindlichen Nerven des englischen Außenministers zu verhindern.

Und fürs erste ist dieser Schachzug gelungen. Briand und Henderson verwandelten sich sozusagen in Materialisten. Sie entdedten plötzlich die primäre Bedeutung des ökonomischen Unterbaus und schoben die Frage des politischen Ueberbaus mit der Miene des biederen „Ueberzeugungstüters“ in den Hintergrund.

Mit diesem Manöver sollte zweierlei erreicht werden: erstens

sollte die Erörterung der mehr oder weniger kühnen politischen Fragen auf diese elegante Weise von der Tagesordnung verschwinden, zweitens wollte man vor allem dem unbekanntem Italiener, aber auch der deutschen Delegation die Gelegenheit nehmen, durch die Aufrollung der Frage der Einladung der Sowjetunion und der Türkei eine politische Debatte auf höherem Niveau und in breiterem Rahmen zu erörtern.

Dieses doppelte Ziel wurde nicht ganz erreicht. Der italienische Delegierte Grandi trumpfte auf, dem deutschen Außenminister Curtius blieb entgegen seinen „Friedlichen“ Absichten nichts anderes übrig, als ebenfalls ein wenig, wenn auch nur zag und leise, ins Horn zu stoßen.

Ein geheimes Unter-ausschuß der Konferenz beschloß nun nach dreitägiger hitziger Auseinandersetzung, wobei Briand und der Italiener ein verbissenes Duell ausfochten, die Sowjetunion und die Türkei nur zur Teilnahme „an den Verhandlungen des Ausschusses im gegenwärtigen Stadium“, d. h. zur Teilnahme an der akademischen Debatte über die Weltwirtschaftskrise, einzuladen.

Briand kämpfte in der Sitzung des Ausschusses mit ein Löwe gegen die Einladung der Sowjetunion, selbst in bedingter Form, wie in dem Kompromißbeschlusse, wenn es noch eines Beweises bedurfte, um den sowjetfeindlichen Inhalt der französischen „Raneuropa“-Pläne festzuhalten, so befeitigt der verbächtige Eifer Briands jeden Zweifel.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

13. Fortsetzung

In diesem Augenblick hörte sie leise Tritte, die über die Straße und um das Haus gingen und vor der Tür hielten. Die Tür wurde geöffnet und Otago trat zuerst herein, weckte die Schwester und sagte:

„Einen Augenblick, Schwester, ich habe eine Bitte.“

Takae stand auf und tat, als ob sie jetzt erst wach werde. Otago zeigte schweigend auf die Tür.

Da stand Miatzi

Takae zog einen Kimono über die Schultern und ging zu ihm.

„Komm herein.“

Dann ließ sie Otago die Tür schließen und Feuer machen. Schon als Otago hereinkam, war der Vater aufgewacht und sah den unbekanntenen blauen Mann unsicher an.

„Vater.“ Takae blugte sich zu ihm und flüsterte mit ihm. Er gab ein Zeichen des Einverständnisses, aber er legte den Kopf wieder auf die Kissen.

„No, was hast du?“

Takae ging zu Miatzi, der, wie es sich gehörte, am offenen Feuer saß. Er entgegnete leise:

„Ach, es ist nicht glücklich. Du hast wohl in der Zeitung davon gelesen.“

Er lächelte traurig, auf seinen Backen lagen die scharfen Schatten der Müdigkeit und des Gehegheits.

„Amsonst.“

Takae sah dem Mann ins Gesicht. Sie schwiegen lange. Aber sie verstanden sich besser, als wenn sie viele Worte gesprochen hätten.

Da kam Otago mit frischer Blut für den Ofen. Ihre vom

Weinen geschwollenen Augen blinzelten vom Lampenlicht geblendet.

Miatzi hob seine Soden herunter, nahm einen zusammengefalteten Fettel heraus und drückte ihn Takae in die Hand.

„Gib das Hagimura oder Takai, es ist ein Bericht von einem Mann, der wichtige Aufgaben bearbeitet. Gib es ihnen beibringt.“

Miatzi hatte unbedingtes Vertrauen zu Takae.

Sie willigte schweigend ein. Dann sagte Miatzi einfach, ohne Zusammenhang:

„Ich werde mich morgen der Polizei stellen.“

Takae erschraf, aber Miatzi fuhr ruhig fort:

„Ich finde es in der augenblicklichen Lage am besten. Das war von Anfang an so beabsichtigt, und jetzt gerade gibt es keinen anderen Weg, um die verhaftete Streikleitung freizukriegen.“

Er war entschlossen.

Takae konnte kein Wort sagen.

Draußen auf der Straße ging die Nachtwache mit der Holzklapper vorbei, dazwischen hörte man das Klirren der Säbel und den Tritt schwerer Stiefel.

„Jetzt gehen immer Polizei und Nachtwache zusammen.“

Miatzi, willst du nicht hier schlafen?“

Als ihn Otago so fragte, drehte er sich dem Lager der beiden Mädchen zu und lächelte leise.

„Miatzi ist ein tapferer Kerl, aber jetzt kann er doch nicht schlafen, wir wollen lieber warmen Reis für ihn kochen.“

Die beiden Schwestern gingen in die Küche und bereiteten den Reis. Der Mann, der zwei Tage und zwei Nächte lang dem Reiz der Polizei entronnen war, folgte mit den Augen den Bewegungen der Mädchen, und seine Lider wurden heiß.

Otago bediente ihn, er nahm die Stäbchen, seine schmal gewordenen Lippen verzogen sich wehmütig:

„Warm.“

Der Dampf aus der Reisschüssel hüllte die beiden Gesichter ein, legte sich auf die Lider des Mannes, und Otagos Augen füllten sich mit Tränen.

„Abschied auf einwiewe Jahre...“

Takae ging hinaus und ließ die beiden allein.

Die kalte Morgenluft wurde schon heller. Takae sah den Himmel, sie hatte ein heißes Schmelzen in der Kehle. Dann hörte sie, daß Miatzi hinter der Tür seine Schuhe anzog.

„Bleib gesund und kräftig...“, sagte die zitternde Stimme der Schwester. Der Mann sagte nichts.

„Nach auf, Takae.“

Miatzi stieß von innen gegen die Tür, sie ließ die Klinke los. Miatzi kam heraus und drückte ihre Hand.

„Ich gehe jetzt, vergiß den Bericht nicht.“

Der junge Kommunist drehte sich um und ging eilig fort.

„Schon gut, schon gut, weine nicht.“

Während sie Miatzi, der sich scharf in der heißen Dämmerung abhob und schnell davonlief, mit den Augen folgte, streifte sie die Haare der weinenden Schwester wie in den Tagen ihrer Kindheit...

„Weine nicht, weine nicht.“

Kampfszenen

1. Kurze

Urplötzlich erhob sich der lärmende Klang der Glocken, mit denen die Ertrablätter an den Straßenecken ausgeläutet wurden.

„Der Rücktritt des Kensei-Kabinetts!“

Vor den roten Säulen der Haltestellen, vor den Eingängen der Banken, vor den Toren der Fabriken, auf den Bahnhöfen in den Schaufenstern, an den Anzeigentafeln der Zeitungshäuser, fliegen, tanzen und überströmen sich die noch nicht trocken Blätter und verbreiteten sich in einem Augenblick über die ganze Stadt. Die eiligen Schritte der Menschen, das Hin und Her der aufgeregten Blicke schufen in den Nachmittagsstunden die im wirbelnden Staub lagen, von der matten Frühwinter-sonne übertrahnt, eine ängstliche Stimmung.

„Fiasco der Chinapolitik und Unfähigkeit zur Rettung der bankrotten Banken.“

„Deshalb also ist das Kabinett zurückgetreten“, murmelte der Mann mit Hut und europäischem Anzug. Nicht anders dachte der Mann in Mütze und Havelock, und der Mann in der Arbeitsbluse, der ein Rad schleppte. Der Student in der Uniform der Schaffner der Straßenbahn, die Polizisten und ihre Offiziere wiederholten es — die Gesichter der Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts kannte jeder genau nach den Photographien oder von Karikaturen. Ihre Gesichtszüge wurden durch die Zeit-schriften und Anzeigenschriften öfter und eindringlicher in die Köpfe der Bürger gehämmert, als die Bilder der Eltern und Brüder in der Heimat.

(Fortsetzung folgt)